neue kritik

Dezember 1963 D 7739 F

19/20

Dieter Rave Die Rolle der Intelligenz in der kapitalistischen Gesellschaft | Michael Vester Falsche Alternativen | Thomas Leithäuser Und was geschieht mit Bertolt Brecht? | Irmela Lindquist Anläßlich der griechischen Wahlen | Wolf Rosenbaum Programme ohne Phantasie

Inhaltsverzeichnis

Dieter Rave	3	Die Rolle der Intelligenz in der kapitalistischen Gesellschaft
Michael Vester	5	Falsche Alternativen
Irmela Lindquist	11	Anläßlich der griechischen Wahlen
Fabio Cafaro	16	Die Wendung zur Mitte. Zum 35. Parteitag der PSI
Said Jabra	18	Wo steht die algerische Revolution?
Elisabeth Lenk	20	Zum Kongreß „Europäische Integration und Arbeiterbewegung" in Paris
Klaus Meschkat	23	Angola, eine portugiesische Kolonie. Zu einer Schrift des World University Service
Thomas Leithäuser	24	Und was geschieht mit Bertolt Brecht?
Wolf Rosenbaum	28	Programme ohne Phantasie. RCDS und SHB zur Hochschulreform
Jürgen Seifert	31	Ein gescheiterter Pluralist
Wilhelm Bauer	33	Zeitschriftenhinweise

neue kritik, zeitschrift sozialistischer studenten
nr. 19/20, dezember 1963, 4. jahrgang
herausgegeben vom bundesvorstand des sozialistischen deutschen studentenbundes (sds)
neue kritik ist ein diskussionsforum, in dem divergierende sozialistische meinungen zu wort kommen. namentlich gezeichnete beiträge stellen nicht unbedingt die meinung der redaktion dar.
für unverlangt eingesandte manuskripte übernimmt die redaktion keine haftung.

nachdruck, auch auszugsweise, nur mit genehmigung der redaktion.

neue kritik ist kein geschäftsunternehmen; die mitarbeit ist unentgeltlich.
redaktion: thomas leithäuser (verantwortlich), manfred liebel, hans peter riesche, michael vester, gunter wegeleben
vertrieb: ulla gräning
anzeigenredaktion: edith jilek
unter mitarbeit des arbeitskreises neue kritik.
redaktionsvertretung: peter brokmeier, west-berlin.
erscheinungsort: frankfurt am main
verlag und redaktion: 6 frankfurt w 13, hamburger allee 42
neue kritik erscheint 7mal im jahr. bezug über den verlag.
schutzgebühr für das einzelheft: dm 1,— / öS 7,— / sfr. 1,10 / hfl. 1,— plus porto.
jahresabonnement DM 7,— / öS 45,— / sfr. 7,50 / hfl. 7,— einschl. porto.
postscheckkonto: sds-bundesvorstand, sonderkonto neue kritik 551 91 pscha. frankfurt am main.
konto-nr. 282 427, dresdner bank
druck: druck- und verlagshaus frankfurt am main gmbh
umschlagentwurf: maria fraxedas

Liebe Leser —

Dem Artikel von Dieter Rave liegt sein auf der 18. Delegiertenkonferenz des SDS gehaltenes Koreferat zu den Ausführungen von Manfred Liebel über die Rolle der Intellektuellen in der Bundesrepublik zugrunde. Er analysiert vorab die gesellschaftlichen Bedingungen, die die Aufspaltung von technischer und kritischer Intelligenz verursachen, und reflektiert die Möglichkeiten ihrer Überwindung.

Michael Vester diskutiert an Hand neuerer Gesellschaftstheorien die aus der traditionellen politischen Praxis der Arbeiterbewegung überkommenen Alternativen.

In dem Aufsatz über Bertolt Brecht versucht Thomas Leithäuser kulturpolitische Manöver mit dem politischen Engagement Brechts zu konfrontieren. Durch ein Versehen beim Umbruch geriet der Aufsatz an eine Stelle, die eine Aufteilung von Politik und Kultur in Sparten vermuten läßt; dies widerspricht unserer Intention.

Die Beiträge zu den Wahlen in Griechenland, über die algerische Revolution und zu einer Schrift über Angola berichtigen die meist mangelhaften und falschen Informationen der westdeutschen Presse.

Es folgen Berichte über die Ergebnisse des 15. Parteitages der Sozialistischen Partei Italiens (PSI) und über ein Seminar des Centre d'Etude Socialiste in Paris, das die sozialistischen Vorstellungen zur westeuropäischen Integration zu erweitern und zu konkretisieren suchte.

Wir machen noch darauf aufmerksam, daß mit Beginn des neuen Jahres zur Vereinfachung des Bezugs die Abonnementdauer auf das Kalenderjahr umgestellt wird. — Diese an Umfang erweiterte Nummer rechnen wir als eine Doppelnummer.

Die Redaktion

Die Rolle der Intelligenz in der kapitalistischen Gesellschaft

Dieter Rave

I

Gesellschaft begreift Marx als System der materiellen Reproduktion des Lebens durch Arbeit. Arbeit hat dabei den doppelten Aspekt von intelligenter Planung, Vorbereitung und Überwachung und von direkter materieller Veränderung der Natur.

Im Frühkapitalismus, den Marx analysiert, sind diese beiden Aspekte unter den Bedingungen von Verdinglichung und Entfremdung auseinandergetreten als Funktionen verschiedener Klassen. Der Lohnarbeiter ist lediglich materielles Zubehör der Maschine .

Diese Charakterisierung des Arbeitsprozesses hat durch die Entwicklung der Produktivkräfte ihre Allgemeinheit verloren. Das Verhältnis von Arbeit und Intelligenz hat sich gewandelt.

Im Bereich dessen, was man technischen Fortschritt nennt, finden sich heute zwei Tendenzen:

1) Ersetzung der Handarbeit durch mechanische Apparatur — dabei verliert der Arbeiter nicht den Charakter eines Zubehörs des maschinellen Systems, er übernimmt lediglich Funktionen der Steuerung und Regulierung. Er wird von der Maschine nicht als Kraft, sondern als Intelligenz angewendet.

2) Ersetzung dieser technischen Funktion von Intelligenz durch Automaten — dabei erhält der Arbeiter die Rolle des distanzierten Überwachers.
Beide Tendenzen laufen auf eine Ausgliederung des Arbeiters aus dem unmittelbaren Arbeitsprozeß hinaus.

II

Gleichzeitig gewinnt Intelligenz wachsende Bedeutung im gesellschaftlichen Arbeitsprozeß. Wir wollen diese Rolle der Intelligenz an einem Teilaspekt untersuchen — an der gesellschaftlichen Funktion von Wissenschaft. Wissenschaft ist heute nicht mehr — wie es sich für Marx darstellte — Randphänomen der Gesellschaft im Dienste einzelner Kapitalisten. Sie bringt ihre Ergebnisse nicht mehr von außen in den Arbeitsprozeß ein — sie ist voll in ihn integriert. Ihre Probleme stellen sich aus dem Kontext industrieller Arbeit — ihre Ergebnisse gehen direkt und vorgeplant in ihn ein.

Wissenschaft ist ins Zentrum des Reproduktionsprozesses eingerückt und übernimmt immer mehr dessen Ausgestaltung, stabilisiert die kapitalistische Gesellschaft durch deren technische Perfektionierung, produziert und steuert über human engineering und Kulturindustrie die Mechanismen der Verdinglichung und Entfremdung des Bewußtseins.

Dennoch wird Wissenschaft nicht als Teilfunktion vom Arbeitsprozeß völlig absorbiert. Sie antizipiert abstrakt-theoretisch die Entfaltung der Produktivkräfte und spielt damit die Rolle einer Avantgarde neo-kapitalistischer Entwicklung. An ihr lassen sich also Tendenzen auf zukünftige Entwicklung ablesen.

Diese antizipatorische Rolle kann Wissenschaft deshalb spielen, weil sie von den Schwierigkeiten einer Umsetzung ihrer Ergebnisse in ökonomische Praxis wenig berührt wird, weil sie mit mehr oder weniger der Realität angenäherten Modellen arbeiten kann — allerdings ohne dadurch ihre Integriertheit in den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß zu lockern. Wissenschaftliche Phantasie überwindet kaum die Kategorien des Bestehenden; Veränderung kennt sie nur als Modifikation im engen Rahmen des je schon Vorhandenen.

III

Ich habe bisher allgemein von Wissenschaft gesprochen — muß dieser Terminus nicht auf Natur-, Sozial- und Geisteswissenschaften, oder sogar auf Einzelwissenschaften hin differenziert werden? Gegen die Notwendigkeit einer Differenzierung sprechen zwei Momente:

1. stehen fast alle Wissenschaften im Zusammenhang gesellschaftlicher Praxis, unterwerfen sich gesellschaftlich vorgegebenen Leistungsansprüchen, sind also nur voneinander zu trennen, wenn man von Gesellschaft abstrahiert;

2. versteht sich die Mehrzahl der Wissenschaften als Erfahrungswissenschaften und stellt sich unter die Kriterien positivistischer Wissenschaftstheorie.

Ausschließliches Erkenntnisinteresse der Erfahrungswissenschaften ist die Perfektionierung von technischer Verfügung über Gesellschaft und Natur — die Bereitstellung technischer Mittel und das Ausarbeiten von Handlungsanweisungen und -Alternativen zur Lösung der Wissenschaft vorgegebener praktischer Probleme.

Vorgegeben werden Probleme aus dem Kontext der sich reproduzierenden kapitalistischen Gesellschaft, die von der Wissenschaft nicht thematisiert wird, sondern deren unkritisch aufgenommenen Erfahrungshorizont bildet. Kritik ist nur zulässig als technische Korrektur von Verfügung. Wissenschaft wird damit zur technokratischen, zum willigen Instrument von Herrschaft. Vernunft wird auf technische Intelligenz eingeschränkt.

IV

Unter dem Schlagwort „Wertfreiheit" wird die Auslieferung der Wissenschaft an die Reproduktion entfremdeter Gesellschaft wissenschaftsethisch überhöht, wird vernünftige Kritik an Gesellschaft, werden Fragen nach Sinn und Funktion wissenschaftlicher Arbeit tabuiert und in den Bereich des außerwissenschaftlich Irrationalen, der unvermittelten Dezision verwiesen, wird Verdinglichung des wissenschaftlichen Bewußtseins zum ethischen Postulat. Die psychologische Verfassung eines Wissenschaftlers, der sich diesem Selbstverständnis von Wissenschaft unterwirft, läßt sich mit folgenden Ausführungen von H. E. Richter (ZEIT, 19. 7. 63) andeuten:

> „. . . Diese Menschen kennen sich im Grunde nur in der Rolle der Funktion . . . Ihr Ich-Ideal ist ganz und gar identisch mit den Erwartungen, die sie von . . . anderer Seite auf sich gerichtet glauben . . . Absolute Auslieferung an eine äußere Instanz vermag ohne Zweifel das moralische Empfinden und selbst elementare Denkfunktionen zutiefst zu beeinflussen. Eine affektive Blockade solcher Funktionen setzt bei entsprechenden Individuen prompt dann ein, wenn ein eigenes Weiterdenken in eine kritische Stellungnahme gegenüber der herrschenden Instanz ausmünden würde. Diese Kritik wäre unerträglich, weil das gesamte Persönlichkeits-Gleichgewicht auf die konfliktfreie Unterwerfung unter die . . . (herrschende Instanz) fundiert ist . . ."

Richter meint mit seinen Ausführungen die Verwaltungsbeamten des NS-Staates, die notorischen Befehlsausführer, trifft aber allgemein die Verfassung technischer Intelligenz.

V

Wissenschaft und Wissenschaftler der gekennzeichneten Art haben also als Funktion — und sehen als ihre Aufgabe — die Stabilisierung des bestehenden Systems durch seine technische Ausgestaltung. Der Bestand des Systems ist dabei garantiert durch Einschränkung der Vernunft auf die Partikularität rein technischer Intelligenz. Nicht zufällig mißt die moderne Psychologie Intelligenz als einen „Komplex verfügbarer Fähigkeiten zu definierten Leistungen". Technische Intelligenz arbeitet also an hervorragender Stelle mit an dem Bestreben, durch extensive Anwendung partikularer Rationalität die bestehende irrationale Gesellschaft zu stabilisieren — die (im Sinne von Marx) dynamische Vorgeschichte in die immer gleiche Naturgeschichte spätkapitalistischer Gesellschaft zu transformieren.

VI

Trotz dieser Tendenzen hält Wissenschaft immer noch den Anspruch der Aufklärung verbal aufrecht, Vernunft und Wirklichkeit zu versöhnen. Sie entzieht zwar diesen Anspruch jeder rationalen Diskussion, motiviert ihn durch die Beliebigkeit irrationaler Glaubensentscheidungen und behauptet, ihm in der Koppelung von technischer Intelligenz und Reproduktion einer unvernünftigen Gesellschaft zu genügen. Es ist aber möglich, Wissenschaft aus ihrer eingeschränkten Rationalität heraus zu zwingen, diese irrationale Entscheidung zur Diskussion zu stellen, hiermit ein Reflexionsniveau zu erreichen, das die selbstgesetzten Grenzen aufhebt und Aufklärung der Wissenschaft über sich selbst und ihre gesellschaftliche Funktion ermöglicht. Das könnte der Anfang eines Aufklärungsprozesses sein, der technische Intelligenz zur kritischen macht.

VII

Ich habe die Problematik der technischen Intelligenz deshalb am Aspekt der Wissenschaften untersucht, weil wir als Studenten mit diesem Phänomen ständig konfrontiert sind. Doch technische Intelligenz hat ihre Funktion in allen Bereichen der Gesellschaft. Die Termini Bürokratie und Bürokratisierung weisen darauf hin. Als Problem der Parteiorganisation wurden wir mit diesem Phänomen in unserer Auseinandersetzung mit dem SPD-Apparat konfrontiert.

VIII

Neben der technischen Intelligenz, der wir (vor allem als Studenten) potentiell angehören, finden sich in der Gesellschaft die Intellektuellen, zu denen wir uns zählen. Deren gesellschaftliche Rolle zeigt folgende Charakteristika: Intellektuelle sind selten in den gesellschaftlichen Arbeitsprozeß eingegliedert. Gesellschaft ist ihnen wesentlich über das Bewußtsein vermittelt. Sie sind daher geneigt, Gesellschaft lediglich als Verblendungszusammenhang zu sehen und kritisches Durchstoßen des „Schleiers" mit umfassender Erkenntnis der gesellschaftlichen Verhältnisse gleichzusetzen. Dabei wird ihnen selten klar, daß Verschleierung ein Phänomen des Überbaus ist, das eine materielle Basis hat, daß Entschleierung Voraussetzung — aber auch nur Voraussetzung — einer Analyse der Bewegungsgesetze der Gesellschaft ist.

Andererseits ermöglicht ihnen die Distanz zum gesellschaftlichen System der Arbeit und die Entlarvung von Ideologien, sich von der bestehenden Gesellschaft kritisch zu distanzieren und ihre Kritik als umfassende zu artikulieren. Diese Kritik kann aber nur von denen rezipiert werden, die selbst schon distanziert genug sind, verfällt sonst aber dem Konsum als Ware der Kulturindustrie und damit der Irrelevanz oder wird sogar als Rechtfertigung des Bestehenden beschlagnahmt. Narrenfreiheit wird zum Beleg für reale Freiheit. Kritik mit dem Anspruch auf umfassende Aufklärung findet ihren Adressaten nur im bereits Aufgeklärten; zugleich ist sie zu anspruchsvoll und zu fremd, um beim Unaufgeklärten den Aufklärungsprozeß zu initiieren oder weiterzuführen. So kommt es, daß Kommunikation meist nur zwischen Intellektuellen stattfindet und kaum nach außen hin wirkt. Die Distanz zur Gesellschaft ist also den Intellektuellen nicht nur von außen aufgezwungen. Sie selbst finden keine Wege, über den Kreis Gleichgesinnter hinaus die Resonanz hervorzurufen, die sie intendiert.

OBS → zum Verh. Arbeiter ↔ Intellektuelle

IX

Die drei Hauptkennzeichen, die Manfred Liebel (neue kritik Nr. 18) den Intellektuellen zuschreibt (Objekt der Diffamierung, kritisch-rationales Verhalten, Erfassen von Teilbereichen als Aspekten der Gesellschaft) scheinen mir die These von der Distanz der Intellektuellen zur Gesellschaft zu bestätigen: in der Reflexion auf das Ganze und in dessen Kritik muß der Intellektuelle Distanz vom Partikularen suchen, in der Diffamierung wird sie ihm von außen aufgezwungen. Auch Liebels Thesen zur Kommunikation, Kooperation und gegenseitigen Kritik der Intellektuellen untereinander zeigen diese Distanz.

X

Nun impliziert aber gerade der von Liebel gebrauchte Terminus „sozialistischer Intellektueller" eine enge Verbindung zur Gesellschaft (vor allem zur Arbeiterklasse). Führt diese Rückwendung zur Gesellschaft aber nicht notwendig zur Integration, damit zum Verlust der kritischen Position und zur Übernahme der Rolle technischer Intelligenz? Liebel beschreibt dieses Dilemma am Verhältnis der Intellektuellen zu den Massenmedien und Apparaten. Soll dieses Spannungsverhältnis aber nicht nur ertragen, sondern überwunden werden, so ergibt sich als Aufgabe der sozialistischen Intelligenz der Versuch, die disparaten Rollen von technischer Intelligenz und distanziertem Intellektuellen zu einer gesellschaftlich relevanten, praktischen Funktion von kritischer Intelligenz zu vereinen.

Diese Vermittlung auf der Ebene der Wissenschaft ist uns bisher kaum gelungen. Meist tragen wir unsere Kritik von außen an eine sich als technisch verstehende Wissenschaft heran, kritisieren lediglich deren gesellschaftliche Funktion, ohne ihre objektive Bedingtheit zu sehen, behandelten diese damit als isolierte — und von Gesellschaft isolierbare — Erscheinung. Damit gerieten wir in Konflikt mit unserem eigenen Studium, das in der Rezeption und Reproduktion eben dieser Wissenschaft besteht.

Häufig trennten wir auch Wissenschaft und Politik, richteten unsere Kritik gegen politische und soziale Epiphänomene und ließen unser Studium unvermittelt nebenherlaufen — was zur Folge hat, daß eine spätere Berufs-Funktion uns völlig integrieren und kritische Impulse entweder verschütten oder in die Unverbindlichkeit einer Privatsphäre verbannen wird.

XII

In unserer politischen Aktivität zeigt es sich, daß wir in diesem Dilemma stehen, es aber kaum reflektieren. Wir stellen uns z. B. nicht die Frage, ob öffentlich-deklamatorische und politisch-organisatorische Praxis nicht eine unvermittelte Imitation von Verhaltensmustern der technischen Intelligenz in der Isoliertheit von Intellektuellen ist, ob nicht der aufrechterhaltene Anspruch, der Arbeiterklasse sozialistisches Bewußtsein zu vermitteln, weitgehend eine Projektion der im SDS ungelösten Problematik auf die Arbeiterschaft ist: die im SDS deutliche Spannung zwischen kritischer Intellektualität und technischer Intelligenz soll überbrückt werden durch die äußerliche Einheit von Distanz (der Intellektuellen) und Integration (der Arbeiterschaft); in politischer Praxis soll die Distanz zurückgenommen und die Integration aufgebrochen werden, ohne daß beide theoretisch vermittelt sind und damit effektiv praktisch werden können.

XIII

Die Aufgabe dieser Vermittlung steht noch vor uns — als zu erarbeitende Theorie und Praxis. Eine intensive Bemühung darum in Diskussion und Reflexion scheint mir dem SDS Bedingung und Rechtfertigung seiner Existenz zu sein.

Falsche Alternativen

Michael Vester

Als konsequent gilt oft, wer sich klar zwischen Alternativen zu entscheiden versteht. Was als die Möglichkeit freier Wahl angepriesen wird, ist freilich verdächtig, Ideologie zu sein, wenn sie sich als Zwang entpuppt. Freie Wahl wird zur schamhaften Rationalisierung der Nötigung, von zwei Übeln eins vorbehaltlos akzeptieren zu müssen und dabei den Gedanken, daß Übel trotzdem Übel bleiben, zu unterdrücken. Die Devise „Wer nicht für mich ist, ist wider mich" weist sich selbst als autoritär aus. Ihre Verwandtschaft zum Faschismus wird vollends deutlich im Kalten Krieg, wie er von beiden Seiten besonders in Deutschland geführt wird. Dem, der sich davon frei halten will, werden gewaltige Anstrengungen zugemutet. Es ist darum kein Zufall, daß der Ungeist des falschen Entweder-Oder vor der Linken nicht haltgemacht hat. Im SDS und innerhalb der Linken sind immer wieder erbitterte Kontroversen zwischen „Theoretikern" und „Praktikern" über Reform und Revolution, Anpassung und Opposition, Klassenkampf und Intellektuelle, Koexistenz und Kalten Krieg, Klasse und Pluralismus aufgetaucht. Es ist z. B. auch immer wieder darauf hingewiesen worden, daß reine Theorie, die die Möglichkeit von Praxis nicht bedenkt, ebenso folgenlos ist wie reine Praxis, die auf ihre Möglichkeit keinen Gedanken verschwendet. Zuweilen einigte man sich auf den Gemeinplatz der Einheit von Theorie und Praxis. In ihrer Abstraktheit geht diese Formel jedoch daran vorbei, daß die Vermittlung von Theorie und

Praxis — wie der anderen Alternativen auch — nicht eine Frage des allgemeinen Ob, sondern des konkreten Wie ist. Die bitteren Polemiken mußten daher immer wieder ausbrechen.

Falsche Alternativen lassen sich nicht begrifflich auflösen, sondern nur im historischen Kontext, in ihrer Konfrontierung mit der sich wandelnden historischen Realität. So könnte es sich erweisen, daß z. B. die Alternative Reform oder Revolution, die für Rosa Luxemburg zwar keine Alternative mehr, jedoch immer noch ein reales strategisches Problem der Arbeiterbewegung war, heute vollends ihres Sinnes entleert ist. Die „historische Realität" freilich, an der wir unsere Konzeptionen messen können, ist uns nicht unmittelbar gegeben. Der sich wandelnde gesamtgesellschaftliche Zusammenhang — wir setzen voraus, daß es einen gibt — kann auch nur mittelbar, in einer Theorie von der Gesellschaft, begriffen werden. Diese aber ist nur noch in Ansätzen vorhanden, die selber nicht unproblematisch sind.

Zwei der erwähnten falschen Alternativen sind für uns von besonderer Bedeutung; mit ihnen möchte ich mich auseinandersetzen und Ansätze zu ihrer Vermittlung aufzeigen. Die eine — ob unsere Gesellschaft „pluralistisch" oder nach „Klassen" organisiert ist — betrifft den statischen Aspekt, die andere — ob Veränderungen durch „Reform" oder „Revolution" möglich sind — den dynamischen Aspekt. Den Ansatz zu einer Strukturanalyse der g e g e n w ä r t i g e n hochkapitalistischen Gesellschaft kann uns das Modell der Machtelite des amerikanischen Soziologen C. Wright Mills liefern. Für Sozialisten, die an gesamtgesellschaftlichen Veränderungen interessiert sind, ist jedoch noch mehr nötig: eine Konzeption möglicher k ü n f t i g e r Entwicklungsphasen. Darüber gibt es keine zusammenhängende Theorie.

Die Darstellung kapitalistischer Entwicklungsphasen soll aus zwei Gründen dennoch versucht werden. Mit kurzfristigen Perspektiven können wir uns nicht begnügen, weil diese ihren spezifischen Stellenwert erst im Rahmen langfristiger Perspektiven erhalten. Wer sich auf Teilkonzeptionen bescheidet, ist so unbescheiden, dies — bewußt oder unbewußt — auf dem Hintergrund ungenannter allgemeiner Annahmen zu tun. Diese müssen aber ausgesprochen werden, um sie nicht der Kritik und Korrektur zu entziehen.

Dieses Problem hat für uns zugleich eine große praktische Bedeutung. In Perioden gesamtgesellschaftlicher Immobilität wie der unsrigen ist Perspektivelosigkeit der letzte Stoß zur Resignation und Demoralisierung der Linken. Was wir tagtäglich tun, müßte uns sonst früher oder später als vergebliche Handwerkelei, als Fehlinvestition erscheinen. Immer wieder können wir beobachten, wie einzelne sich mit dem Kommentar „Man kann ja doch nichts ändern" ihrem bürgerlichen Beruf zuwenden, aber auch solche, die ihre Standfestigkeit auf trügerische Hoffnungen gründen, die sie z. B. an die Koexistenz oder einen „unaufhaltsamen" Zusammenbruch des Kapitalismus knüpfen.

Bloße Kritik an gängigen Vorstellungen kann die Ratlosigkeit nur vermehren. Es gilt, darüber hinauszugehen und mit dem Prozeß der Integration unserer Teilkonzeptionen ernstzumachen. Die Isolierung der Linken kann nicht völlig mit den schlechten Verhältnissen erklärt werden; Moment dieser Verhältnisse ist auch die Konzeption der Linken vor Godesberg. Die politische Relevanz sozialer Kräfte hängt nicht zuletzt auch davon ab, ob sie sich auf eine angemessene Konzeption von der gesellschaftlichen Macht und ihrer Begründung in ökonomischen Verhältnissen stützen kann. Wenn die SPD, grob ausgedrückt, von einer dualistischen in eine pluralistische Machtkonzeption gefallen ist, so wäre es doch naiv, die traditionelle Klassenkonzeption unverändert retten zu wollen. Es genügt eben nicht, festzustellen, daß es objektiv Klassen gibt. Politische Folgen hat diese Feststellung erst, wenn mit ihr die Möglichkeit geprüft wird, wie diese Situation bewußt werden und unter welchen Bedingungen daraus politisches Handeln entstehen kann.

Pluralismus oder Klassenkampf

Die pluralistische Konzeption ist zwar die offizielle; ernstgenommen wird sie jedoch weniger von der Obrigkeit als von der SPD und liberalen Intellektuellen wie Ralf Dahrendorf. Danach ist gesellschaftliche Macht die Resultante des Kampfes einer Mehrzahl meist bürokratisch organisierter Machtgruppen, die im Prinzip die gleiche Chance haben. Die Erscheinungsform des politischen Lebens spricht dafür: wir sehen konkurrierende Kirchen, Unternehmerverbände, Gewerkschaften, Parteien, Landesregierungen, Interessenverbände, Massenblätter und Rundfunkanstalten. Diese konkurrieren nicht bloß untereinander — wie z. B. IG Bau und IG Chemie —, sondern auch mit Verbänden anderen Typs; keine von ihnen scheint die entscheidenden Machtpositionen für sich zu haben. Vielmehr stehen sie in einem gewissen Gleichgewicht miteinander wie Gewerkschaften und Unternehmer.

Die offenherzigeren Pluralisten geben zu, daß die Staatsbürger in den Bürokratien nichts zu sagen haben; sie sind von sich selbst regenerierenden Oligarchien beherrscht. Einige — wie J. K. Galbraith — gestehen zu, daß gleichartige Kräfte wie z. B. die Unternehmer untereinander nicht mehr konkurrieren, sondern oligopolistisch verbunden sind. Pluralistische Auseinandersetzungen gibt es für sie nur zwischen Kräften, die sich aus objektiven ökonomischen Gründen auf Märkten gegenüberstehen, z. B. Gewerkschaften und Unternehmer auf dem Arbeitsmarkt oder Produzenten und Konsumenten auf dem Warenmarkt. Aber auch hier gelten die Gewerkschaften wie die Konsumenten als strukurell benachteiligt; das Gleichgewicht mit ihren Gegenkräften kann erst von außen, durch Eingreifen des Staats, hergestellt werden.

Ähnlich ist die pluralistische Konzeption von der Sozialstruktur. An die Stelle der beiden Klassen seien Schichten verschiedener Interessenlagen getreten, die sich sowohl nach ihrem Bewußtsein wie nach ihrem Einkommen wie auch nach ihren Entscheidungsbefugnissen am Arbeitsplatz unterscheiden. Auch die herrschenden Schichten seien verschiedene, wie man beispielsweise an verschiedenen Einstellungen zum Streikrecht oder zum Osthandel sehe. Aus der Abwesenheit eines manifesten Verlangens nach gesamtgesellschaftlichen Veränderungen folgern sie, daß derartige Veränderungen unmöglich und nur weltanschaulich zu verlangen seien. Sie stellen sich, wie sie sagen, auf den Boden der Tatsachen.

Damit ist die „Entideologisierung" ihr Kampfruf. Ihnen entgeht freilich, daß, was nach der Verbannung solcher „Ideologien" zum Vorschein kommt, nämlich ihr „Pluralismus", selber ideologischen Charakter hat.

Die herkömmliche Klassenkampfposition neigt dazu, zu ignorieren, was die Pluralisten verabsolutieren. Sie berufen sich darauf, daß z. B. von 1951 bis heute der Anteil der Arbeitnehmer an den Erwerbspersonen in der Bundesrepublik von 71% auf 86% gestiegen ist, während die Konzentration des Kapitals rapide zugenommen hat. Daraus folgern sie, daß man — mit Hilfe bewußter Kader — ohne größere Schwierigkeiten Klassenbewußtsein entwickeln kann, das sich dann bei einer günstigen Gelegenheit, die als unvermeidlich erwartet wird, zum letzten Gefecht einsetzen lasse. Tagesgefechte und Stellungskämpfe demgegenüber abwertend, halten sie sich gerne in der „Nähe der Massen" auf, mit denen sie eine „verständliche" Sprache reden wollen. Problematisch an dieser Position ist zunächst wieder weniger das allgemeine Ob als das konkrete Wie. Die Werkzeuge, mit denen sie den leidigen Boden der Tatsachen bearbeiten wollen, sind archaischen Verhältnissen entlehnt.

Solche Werkzeuge waren z. B. Sammlungsaufrufe, Parolen und die ungebrochene Hoffnung, man könne die Arbeitnehmer ohne weiteres ihren bürokratisierten Organisationen abspenstig machen, wenn man ihnen mit einer roten Fahne vor der Nase herumwedelt. Solche Werkzeuge entstammen Zeiten, in denen Parteien noch von den Mitgliedern herauf aufgebaut werden konnten oder mindestens die Unzufriedenheit so groß war, daß Spaltungen nicht Sektengründungen gleichkamen. Unklar ist sowohl ihre Vorstellung vom Bewußtsein der Abhängigen als auch von der Rolle ihrer bürokratischen Vertretungen und vor allem der Stabilität der herrschenden

Machtelite

Die von C. W. Mills entwickelte Konzeption der Machtelite anerkennt die Existenz der pluralistischen Kräfte, verweist sie jedoch in den Bereich der Irrelevanz, was gesamtgesellschaftliche Entscheidungen betrifft. Zugleich anerkennt Mills, daß eine dualistische Klassenspaltung der gesamtgesellschaftlichen Machtverteilung zugrunde liegt; er bestreitet jedoch, daß die abhängigen Massen zur Zeit eine Rolle als Agentur historischen Wandels spielen. Er ist daher sowohl von den Pluralisten wie von der herkömmlichen Klassenkampfposition her heftig attackiert worden.

Mills begreift sein Modell als selber problematisch und vorläufig. Was es trotzdem leistet, ist die Integration einseitiger und unverbundener Einzelkonzeptionen in eine geschlossene, doch Korrekturen offene Gesamtkonzeption von der spätkapitalistischen Gesellschaft.

Danach liegen die gesamtgesellschaftlich relevanten Entscheidungen in den Händen einer Machtelite politischer, militärischer und wirtschaftlicher Machthaber. Macht ist somit freilich nicht personalisiert, sondern lokalisiert. Ihre Basis in der Kontrolle über die Produktionsmittel wird anerkannt, zugleich aber einbezogen, daß die dort herrührende Macht sich in den militärischen, politischen und kulturellen Apparaten relativ verselbständigt hat, ja dadurch nur zur ökonomischen Stabilität beitragen kann.

Der Machtelite untergeordnet ist ein Mittelbereich „pluralistischer" Kräfte, deren Auseinandersetzungen zwar die politologische und soziologische Literatur und die Journalistik stark beschäftigen, die jedoch für gesamtgesellschaftlich relevante Entscheidungen unmaßgeblich geworden sind. Diesen Bereich sollte einst die klassische bürgerliche Öffentlichkeit darstellen, die die Meinungen der einzelnen Bürger artikulierte und so zum Medium ihres Einflusses auf die höchsten Entscheidungen wurde. Ihre bürokratisch-oligarchische Struktur hat sie jedoch dieses Charakters beraubt. Unter ihnen befinden sich allerdings Kräfte wie die oligopolistischen Industrien, die ihre Ziele an entscheidender Stelle durchzusetzen vermögen. Indem so Unternehmer und Gewerkschaften mit ungleichen Mitteln kämpfen, erweisen sich die pluralistischen, auf prinzipieller Chancengleichheit aufgebauten Vorstellungen als illusionär, als Ideologie, die nichts anderem dient als der Verschleierung der tatsächlichen prinzipiellen Chancenungleichheit.

Allem untergeordnet sind die abhängigen Massen, denen je nach Bedarf ihre Irrelevanz schmackhaft gemacht oder Relevanz suggeriert wird. Angesetzt wird zunächst bei ihrer eigenen objektiven sozialen Differenzierung in Schichten mit verschiedenem Bewußtsein und Einkommen, verschiedenen Entscheidungsbefugnissen und Arbeitsqualifikationen. Es wird z. B. angeführt, daß die hierarchische Struktur der Bürokratien den einzelnen durchaus Entscheidungsbefugnisse zugesteht. Daraus kann zwar gefolgert werden, daß dadurch vielen die Identifikation mit den Herrschenden ermöglicht wird, nicht aber, daß diese Entscheidungen gesamtgesellschaftliche Relevanz haben. Daß aus der Differenzierung der abhängigen Massen verschiedenes Standesbewußtsein und verschiedene Identifikationen mit dem Gesamtsystem entstehen können, besorgt der „kulturelle Apparat" mit Erziehungssystem und Massenmedien: das Gebot

der Anpassung wird in den Köpfen der einzelnen verankert und immer weniger als von außen Kommendes empfunden. Die entsprechenden an der Psychoanalyse orientierten Theorien rechtfertigen eine systematischere Darstellung, als sie hier gegeben werden kann.

Das Modell der Machtelite verstärkt zunächst nur den Eindruck, daß gegen den allmächtigen Leviathan nichts mehr auszurichten sei. Wir müssen uns jedoch vergegenwärtigen, daß wir es mit einer Momentaufnahme aus einem Film zu tun haben, der noch nicht abgelaufen ist. Mills empfiehlt zur Wiederherstellung des Einflusses der Massen auf die höchsten Entscheidungen, d. h. der Demokratie, die Wiederbelebung des mittleren Bereichs der Öffentlichkeit durch jene, die sich bisher wenigstens im Bewußtsein dem Anpassungsgebot entziehen konnten: durch „die Intellektuellen". Die „Alternative" Klassenkampf oder Pluralismus kehrt nun wieder als das Problem der Vermittlung von

subjektiven und objektiven Faktoren.

Es gibt Gründe für die Annahme, daß immer wieder historische Konstellationen auftreten, deren Ausgang nicht restlos mit „Notwendigkeiten" zu erklären ist. Solche Konstellationen hatten früher die Gestalt ökonomischer Krisen, die Perioden sozialer Immobilität ablösten und eine entsprechend wirksamere Praxis subjektiver Faktoren zuließen. Das mit den Wirtschaftskrisen verbundene gesteigerte Elend hatte eine manifeste Unzufriedenheit der abhängigen Massen zur Folge, die zum Motor verändernder Aktionen werden konnte. Das Versagen der westdeutschen Arbeiterbewegung nach dem Kriege mag damit zusammenhängen, daß man insgeheim mit der automatischen Kettenreaktion Wirtschaftskrise — Elend — Unzufriedenheit — Bewußtsein — Aktion rechnete, die bereits in der Weltwirtschaftskrise fragwürdig war. Sie haben verkannt, daß die ökonomisch begründeten Krisen des Kapitalismus mehr als bisher politische Gestalt angenommen haben, daß sie daher nicht mit manifestem Elend und Unzufriedenheit verbunden sind und daß es daher an den Organisationen der Arbeitnehmer gelegen hätte, schon in Zeiten der Immobilität das Bewußtsein der Abhängigen zu schärfen.

Ein nach dem Prinzip der Machtelite stabil gehaltenes System impliziert mit der Existenz repressiver Apparaturen das Fortbestehen systemsprengender Tendenzen. Bislang war es so, daß diese Mechanismen ihre Wirksamkeit immer wieder verloren und durch neue ersetzt werden mußten. Solche Übergangsphasen, in denen die neuen Maßnahmen erst durchgesetzt werden mußten und durchaus nicht immer auf das Verständnis der Herrschenden stießen, waren häufig Zeiten der Unsicherheit, in denen die Zustimmung, Akklamation oder Überrumpelung der bislang integrierten abhängigen Kräfte nötig war. Eine solche Übergangsphase, in der die Bedeutung der Massen wuchs, aber nirgends genutzt wurde, war die Weltwirtschaftskrise nach 1929.

Solche Übergangsphasen, in denen die Herrschenden selbst oft uneinig sind, bieten subjektiven Faktoren wie der Arbeiterbewegung keineswegs die einzigen Einflußmöglichkeiten, jedoch solche, durch die sie mehr als sonst alternative Entwicklungen mitbestimmen können. Eine Formulierung sozialistischer Strategie setzt daher voraus, daß wir uns über die Stufenfolge der kapitalistischen Stabilisatoren, seine

Entwicklungsphasen,

Klarheit verschaffen. Am Grunde der systemsprengenden Tendenzen liegt immer noch das Entwicklungsprinzip der kapitalistischen Wirtschaftsform: durch Einschränkung der Kaufkraft werden die Mittel für Investitionen gewonnen. Dadurch wird der Absatz der Mehrproduktion, die den Neuinvestitionen entstammt, gefährdet. Auf irgendeine Weise muß immer wieder Nachfrage für die Produkte geschaffen werden. Dies wird um so schwieriger, je mehr die steigende Produktivität einen Überfluß, also ein relatives Überangebot an Waren ermöglicht. Mangel, also Nachfrage, muß künstlich erzeugt werden. Dazu haben die Herrschenden mit einer Phantasie, die Marx ihnen noch nicht zugetraut hatte, immer neue Maßnahmen ersonnen und praktiziert. Wir können diese Entwicklung an der Bundesrepublik beobachten, die — infolge der Kriegsverheerungen — gewissermaßen die gesamte kapitalistische Entwicklung wiederholen mußte.

Nachfrage wurde zunächst durch die Investitionen des Wiederaufbaus und darauf durch den Nachholbedarf der Bevölkerung geschaffen. Mit der Sättigung dieser Märkte trat um 1951 ein kurzer Rückschlag ein, der von einer erneuten Investitionskonjunktur, verbunden mit einer Exportkonjunktur, abgelöst wurde, welche ihrerseits durch die Rüstungskonjunktur der USA seit dem Koreakrieg unterstützt wurde. Diese Entwicklung entspricht, wenn man will, der Industrialisierungsphase und dem Übergang zum Export in der Imperialismusphase, deren Kraft mit dem ersten Weltkrieg erschöpft war. Insofern auf direkte Staatseingriffe wesentlich verzichtet werden konnte, erreichte der Erhardsche „Liberalismus" reale Bedeutung.

Der seit zwei Jahren andauernde Rückgang der Zuwachsraten von Export und Investition hat eine beachtliche Nervosität erzeugt, die zuletzt im baden-württembergischen Arbeitskampf zum Ausdruck kam und für die Forderungen nach den gewerkschaftsfeindlichen Notstandsgesetzen und sogenannten Arbeitsfriedensgesetzen mitverantwortlich ist. Die Tarifautonomie, die in Konjunkturzeiten verträglich ist, wird bei abflauender Konjunktur zur Gefahr. Während die Preise immer weniger nach oben ausweichen können, wird der Profit von unten durch die nachdrängenden Löhne bestritten.

Gelingt die Verhinderung der gewerkschaftsfeindlichen Gesetze, so bliebe eine wichtige Position gesichert, von der strukturelle Veränderungen ausgehen können. Die scheinbare Defensive würde durch die Veränderung des gesamt-

gesellschaftlichen Zusammenhangs zur Offensive auf dessen Stabilität. Ein alternatives Stabilisierungsmittel erhielte Aussicht auf Realisierung: die Erhöhung der Kaufkraft könnte die Nachfrage stärken. Aber auch erhöhte Kaufkraft kann ausgehöhlt werden, selbst wenn die nominellen Preise nicht steigen. Dazu dient das bereits existierende Stabilisierungsmittel der „inneren Kolonialisierung": geplanter Verschleiß, d. h. die Kurzlebigkeit als langlebig verkaufter Güter; die Mode und der Appell an die Statusangst; die Weckung vielerlei Bedürfnisse, durch die heute schon unbemerkt Kaufkraft abgeschöpft und eine künstliche Mangelsituation geschaffen wird.

Man streitet sich darüber, ob nicht auch der innere Kolonialmarkt ein begrenztes Aufnahmevermögen hat. Da die Produktivität und damit die Gefahr einer Überproduktion ständig zunimmt, müßte der innere Kolonialmarkt über Jahrzehnte ständig ausgedehnt werden. Die Lebensdauer eines Autos müßte beispielsweise von Jahren auf Monate und von Monaten auf Tage herabgesetzt werden. Eine Planwirtschaft, ob kapitalistisch, nach dem Modell der Sowjetunion oder demokratisch, erscheint unvermeidbar.

Dasselbe gilt für ein Mittel, das bislang für die deutsche Konjunktur weniger bedeutsam war als für die anderen kapitalistischen Länder: Rüstungsausgaben des Staates, die die Unternehmen mit Aufträgen und die Arbeitnehmer entsprechend mit Arbeitsplätzen und Einkommen versehen. Während in den USA 1945 ein Staatshaushalt von 44,5 Milliarden Dollar genügte, um die Arbeitslosigkeit auf 1,9% zu drücken, war 1959 ein Haushalt von 80,9 Milliarden nicht genug, die Arbeitslosigkeit unter 5,5% zu halten. Anders verhielte es sich, wenn der Widerstand der Unternehmer gegen eine Umstellung der Staatsausgaben von Rüstung auf Wohlfahrt gebrochen werden könnte. Dann würde ein weit geringerer Teil der Staatsmittel in den Unternehmertaschen bleiben und eine intensivere Ankurbelung der Kaufkraft ermöglicht. Aber auch diese Forderung bedarf zu ihrer Durchsetzung einer artikulierten Arbeitnehmeröffentlichkeit.

Ohne die Wirksamkeit einer artikulierten Arbeitnehmeröffentlichkeit ist der Verlust der Tarifautonomie nicht unwahrscheinlich. Sie mag zwar formal weiterbestehen. Unter dem Druck der „öffentlichen Meinung" würden es die Gewerkschaften jedoch immer weniger wagen, sie voll auszunutzen. Obschon entschärft, stellt die Tarifautonomie immer noch eine latente Gefahr dar, die besonders bei einem nicht völlig auszuschließenden Umschwung der öffentlichen Meinung akut werden könnte. Die Befürworter gewerkschaftsfeindlicher Gesetze haben eine weitsichtige Perspektive; ihre Avantgarde setzt bereits in Frankreich die Planifikation, die Anfänge einer kapitalistischen Planwirtschaft, durch, die keine Gewerkschaftsautonomie mehr dulden kann.

Die Stufenfolge der Stabilisatoren können wir uns auf folgende Weise vorstellen:

1. Investition und Innovation (Industrialisierungsphase);
2. Export (Imperialismus — Neokolonialismus);
3. innere Kolonialisierung;
4. Staatsintervention auf dem offenen Markt (Rüstung oder Wohlfahrt);
5. direkte Staatsintervention (kapitalistische Planwirtschaft).

Die abstrakte Form dieser Hypothese verlangt nach einer konkreteren Analyse, die hier nicht geleistet werden kann. Vergessen werden darf zudem nicht, daß die früheren Stabilisatoren natürlich weiterwirken, wenn neue zentrale Bedeutung gewinnen. Daraus ergäbe sich, daß die kapitalistische Planwirtschaft zunächst nicht auf das Profitmotiv wird verzichten können; sie hätte sich weiter mit dem Problem der Überproduktion herumzuschlagen, weil sie seine Ursachen unberührt läßt. Sie könnte möglicherweise dieses erstickenden Überflusses nicht nur durch gesteigerten Lebensstandard und Wohlfahrt Herr werden. Sie müßte zur direkten Vernichtung der Überproduktion übergehen, wie es Orwell in „1984" beschrieben hat. Eins ist sicher: Unsicherheitsphasen wird es unter einer kapitalistischen Planwirtschaft auf lange Zeit kaum geben können.

Dr. Alexander am Jahresende 171 Tage in Haft

Da der Supreme Court in Kapstadt sich bis zum 1. Februar 1964 in Ferien begeben hat, ist das Urteil gegen Dr. Alexander nicht vor Mitte Februar zu erwarten. Die unerwartet lange Prozeßdauer läßt die Verteidigungskosten erheblich steigen. Sie belaufen sich inzwischen auf beinahe 30 000 DM. Davon sind bisher nur 20 000 DM durch die Bürgschaft der Tübinger Professoren und Studenten gedeckt. Weitere Spenden für die Verteidigung Dr. Alexanders werden dringend erbeten auf das Girokonto 82 12 des Tübinger AStA, Kreissparkasse Tübingen. Über den Prozeßverlauf informiert Sie die Dezember-Ausgabe der SDS-informationen, die beim Bundesvorstand des SDS zu beziehen sind.

Im Lichte dieser Analyse zeigt sich, daß viele der eingangs genannten Alternativen inhaltsleer geworden sind, so auch die Alternative

Reform oder Revolution.

Die Allgegenwart von Machteliten und ihr bisher unerschöpftes Arsenal von ökonomischen und psychologischen Stabilisatoren lassen den Schluß zu, daß unmittelbare Aktionen

der abhängigen Massen weder zu erwarten sind noch Aussicht auf Erfolg haben. Diese Einsicht hat nun bei den Sozialdemokraten, aber auch bei besonders „theoretisch" orientierten Vertretern der unabhängigen Linken, zu der Forderung geführt, gesamtgesellschaftliche, also „revolutionäre" Veränderungen aufzugeben. Als „Alternative" verlangen sie eine „reformistische" Praxis, d. h. die optimale Ausgestaltung des Status quo.

Die Strategie der „Reformisten" ist auf die stabilen Phasen des Kapitalismus ebenso fixiert wie die ihrer Gegner auf die Übergangsphasen. Diesen ist Tagespolitik, die mit „systemimmanenten" Mitteln operiert, als „Reformismus" verdächtig. Da sie ihr revolutionäres Fernziel nie mit tagespolitischen Nahzielen in Verbindung bringen konnten, erscheint ihnen mancher Kompromiß, z. B. bei Tarifverhandlungen, als Verrat, während sie Resolutionen für die Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien bejubeln, als sei das bereits Praxis.

Die Begriffe Revolution und Reform sind hier beide mystifiziert. Oft werden sie mit Gewalt und demokratischer Legitimität gleichgesetzt, d. h. mit Mitteln und nicht mit konkreten Inhalten. Revolution kann jedoch sinnvoll nur als ein Prozeß gesamtgesellschaftlicher Umgestaltung begriffen werden, der mit einer Machtübernahme nicht identisch ist. Ein Prozeß gesamtgesellschaftlicher Demokratisierung ist als eine Stufenfolge von Reformmaßnahmen mit revolutionärer Perspektive denkbar. Obschon auch hier bruchlose Übergänge unwahrscheinlich sind, muß anerkannt werden, daß Maßnahmen, die sich rücksichtslos über ökonomische Gesetzmäßigkeiten und den Bewußtseinsstand der Bevölkerung hinwegsetzen, in der Regel ihren Zweck verfehlen. Diese Skrupel können sich Sozialisten nicht ersparen.

Die Vertreter beider Extrempositionen scheinen von der Devise „Alles oder nichts" auszugehen. Ihren historisch abstrakten Forderungen können wir jedoch nicht die ebenso abstrakte Forderung nach der Vermittlung beider entgegenstellen. Inwiefern Sozialreform als Moment von Sozialrevolution möglich sein kann, erweist sich erst in der konkreten Analyse. Es wurde schon darauf hingewiesen, daß gewerkschaftliche Lohnpolitik gesamtgesellschaftliche Relevanz gewinnen kann, insofern Löhne die Gewinne und damit die Investitionen und Entwicklungsmöglichkeiten des Kapitalismus nach einer Seite hin begrenzen können. Ein anderes Beispiel ist der Milchstreik. Die einen behaupten, dadurch würde niemand revolutionär; die anderen behaupten das Gegenteil. Das ist jedoch nicht das Problem. Das Problem beginnt erst mit der Feststellung, daß wenigstens ein Stück verdinglichten Bewußtseins zerbrechen und eine Aktion entstehen konnte.

Gesellschaft als Schicksal?

Ob solche systemimmanenten Vorgänge sich schließlich wieder ins System integrieren lassen oder Sprengkraft gewinnen, kann man ihnen selbst nicht ansehen. Sie erhalten ihren Stellenwert erst im Rahmen langfristiger Entwicklungen. Das wird von bestimmten Soziologen auch anerkannt, deren theoretischer Ansatz sie allerdings dazu verführt, sich in einem circulus vitiosus zu verfangen: nach ihnen ist die Kontrolle der Machtelite so absolut und das Bewußtsein der Abhängigen so endgültig verdinglicht, daß dagegen nichts mehr ausgerichtet werden könne. Darum soll man auch gar nicht nach solchen Möglichkeiten suchen. Durch den Verzicht, auf Praxis auch nur zu sinnen, können sie erst die absolute Kontrolle der Herrschenden behaupten. Jede soziologische Analyse wird einseitig, wenn sie den subjektiven Faktor nicht als mögliches Moment objektiver Tendenzen berücksichtigt, wenn sie nicht zugleich mit der Analyse mögliche Praxis denkt. Sie müßte berücksichtigen, daß die Wirksamkeit subjektiver Faktoren nicht mit letzter Gewißheit vorausgesagt werden kann.

Sie behaupten mit Recht, daß die entscheidenden Kämpfe um die Erhaltung der gewerkschaftlichen Rechte kaum demokratisch ausgefochten werden: sie liegen in den Händen der vom Einfluß der Massen isolierten Bürokratien der Gewerkschaften und der Unternehmer, die zudem weniger Streit untereinander und eine verläßlichere parlamentarische Vertretung haben. Entscheidend für die Schwäche der Arbeitnehmerposition ist wohl vor allem das Fehlen einer artikulierten Arbeitnehmeröffentlichkeit mit entsprechenden Bildungsinstitutionen und eigenen Massenmedien. Wer über die geringe Ansprechbarkeit der Arbeitnehmer klagt, muß auch zugeben, daß diese nur unzulänglich angesprochen wurden, daß also „Ansprechbarkeit" keine unabänderliche natürliche Eigenschaft ist. Eine andere Frage ist, was bei einem optimalen Einsatz der Mittel der Gewerkschaften und der SPD hätte erreicht werden können. Jedenfalls mehr.

Die rein theoretisch orientierten Soziologen berufen sich auf wissenschaftliche Untersuchungsergebnisse, deren Brauchbarkeit für Prognosen über künftige Entwicklungen jedoch zweifelhaft ist. Eine Studie wie die von Popitz, Bahrdt u. a. bewies zwar, daß — 1956! — die meisten Arbeiter in der Gesellschaft ein Oben und Unten unterschieden, das jedoch als unabänderliches Schicksal hinnahmen. Aus verschiedenen Gründen ist fraglich, ob diese Daten sich für Schlußfolgerungen über eine mögliche Dynamik eignen. Dazu müßten die Veränderungen des Bewußtseins und entsprechende Dispositionen und nicht bloß ihre geronnene Form untersucht werden. Zunächst sind verbale Äußerungen keine sicheren Indizien für späteres Handeln, besonders, wenn sie in Situationen sozialer Immobilität abgegeben werden. Wissenswert ist vielmehr, ob es nicht unter Arbeitern ein Bewußtseinsgefälle gibt, das mit dem Unterschied zwischen opinion leader und Durchschnittsarbeiter zusammenhängt. Wenn es z. B. gerade die opinion leaders, die Wortführer, sind, die zu der von Popitz und Bahrdt festgestellten Minderheit mit klarerem Gesellschaftsbild gehören, dann käme

ihnen eine größere Bedeutung für die Arbeiterbewegung zu, als ihr Prozentanteil ausdrückt.

Angenommen wird außerdem oft ein ehernes Gesetz, nach dem sozial besser gestellte Arbeitnehmer besser ins System integriert werden. Gegenbeispiele, daß z. B. die Drucker oder gar Teile der Angestelltenschaft sich noch nicht oder erstmals nicht in dieser Gesellschaft zu Hause fühlen, werden mit einer Handbewegung abgetan. Abgetan wird auch die naive Erfahrung, daß weite Teile der Bevölkerung spüren, daß sie immer wieder von der Obrigkeit und den Geschäftsleuten betrogen werden. Zuweilen wird klar — wie z. B. im Milchstreik —, daß sie das nicht mit Notwendigkeit als unabwendbares Schicksal hinnehmen müssen. Ähnliche Schlußfolgerungen lassen die Untersuchungen Helmut Kentlers über Industriejugendliche zu.

Solange der Beweis für die Unmöglichkeit der Wiederbelebung von „Klassenbewußtsein" nicht erbracht ist, hat es für uns Sinn, für die Remobilisierung einer effektiven Arbeitnehmeröffentlichkeit zu arbeiten. Und das um so mehr, als wir uns gegenwärtig in einer Periode sozialer Immobilität befinden, die über latente Unzufriedenheit hinwegtäuschen mag.

Die Periode relativer Unsicherheit, in der die Chancen der Agenturen der Arbeitnehmer zunehmen, die Wahl der neuen Stabilisatoren mitzubestimmen, hat kaum begonnen. Diese Agenturen sind zum einen die Arbeitnehmerorganisationen selbst, zum andern eine noch zu artikulierende Arbeitnehmeröffentlichkeit. Es darf nicht übersehen werden, daß diese Bürokratien, wenn sie auch nichts Umwälzendes auszurichten vermögen, immerhin Situationen schaffen oder Positionen behaupten können, ohne die weitergreifende Veränderungen kaum möglich wären. Solche Situationen schaffen z. B. die hessische Schulpolitik, die Erhaltung der Tarifautonomie oder die Regionalautonomie in Italien.

Von diesen Möglichkeiten wird das Projekt der Mobilisierung der Arbeitnehmeröffentlichkeit profitieren können. Diese kann vor allem von „mobil" gebliebenen Kräften ausgehen, von kritischen Intellektuellen. (Es ist klar, daß darunter nicht nur Studierte begriffen werden können). In Ländern mit fest etablierten Machteliten wird die direkte Aktion von Intellektuellen zur folgenlosen Farce. Ihre Bedeutung besteht vielmehr darin, zur Artikulation der Sentiments jener Bevölkerungsteile beitragen zu können, deren Lage letztlich nur durch gesamtgesellschaftliche Veränderungen human werden kann. Es käme dabei nicht darauf an, ihnen zu zeigen, was ihre Interessen zu sein haben, sondern wie sie sie selber erkennen und realisieren können.

Wie diese beiden Aspekte sozialistischer Praxis — Situationen schaffen und Bewußtsein artikulieren — ineinandergreifen können, erläuterte der italienische Sozialistenführer Lelio Basso in seinem Kommentar zur Teilnahme der PSI an der Öffnung der Christdemokraten nach Links, den er 1962 in der neuen kritik gab:

„Die Bedingung allerdings ist dabei, daß man den Massen klar sagt, daß es sich um einen taktischen Kompromiß mit dem Gegner handelt. Ein solcher Kompromiß soll den Kampfeswillen für neue Forderungen nicht mindern, sondern im Gegenteil eine Ausgangsbasis für den Kampf um neue politische und gesellschaftliche Positionen bieten."

Dies ist nicht gerade eine aufregende Perspektive. Gegenüber dem Anspruch einer „Strategie" muß sie dürftig erscheinen. Die Einsicht, daß unsere Perspektive nicht mit Elektronengehirnen kalkulierbar ist wie eine militärische Strategie, daß sie vielmehr mit ständig sich verändernden Variablen zu tun hat, ist jedoch wertvoll genug. Ein waches Problembewußtsein schützt vor Fehlspekulationen besser als der Glaube an Generalstabskarten, die einen unaufhaltsamen Weg zur Niederlage oder zum Endsieg verheißen.

Anläßlich der griechischen Wahlen

Irmela Lindquist

Allenthalben kann man in der Presse, in der man lange Jahre hindurch vergeblich nach einem Wort über die griechischen Zwangsverhältnisse gesucht hat, hoffnungsvolle Spekulationen über eine zu erwartende Demokratisierung unter der neuen Regierung Papandreou lesen. Es bleibt zu untersuchen, ob solche Hoffnungen einzig auf die Wahlversprechungen des Ministerpräsidenten Papandreou sich stützen, oder ob sie eine realistische Grundlage haben. Die Analyse der politischen Verhältnisse in Griechenland stößt dabei auf Schwierigkeiten, die mit den Verhältnissen, d. h. den Mißständen, selbst zusammenhängen: Die tatsächliche Machtvollkommenheit der griechischen Plutokraten läßt sich kaum abschätzen, und es fällt schwer, in dem Dickicht von Korruption und Protektion nach jahrzehntelanger Cliquenherrschaft eine objektive Struktur aufzufinden, von der aus zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten schlüssig sich ableiten ließen. Aber auch wenn Papandreou irgendwelche Demokratisierungstendenzen gegen die alten Machthaber durchsetzen k a n n , muß doch hinter seine Versprechungen selbst ein großes Fragezeichen gesetzt werden. Denn es ist zweifelhaft, einmal ob die politische Persönlichkeit Papandreous und der Charakter seiner Partei so geartet sind, daß sie wesentliche Veränderungen garantieren, zum andern, wie weit gewisse Erleichterungen im Überbau, welche er tatsächlich zu bringen gewillt scheint, die eigentlichen wirtschaftlichen und sozialen Probleme Griechenlands überhaupt tangieren werden.

Es soll nun hier versucht werden, die Geschichte der politischen Gruppierungen in Griechenland im Zusammenhang mit den wichtigsten wirtschaftlichen und sozialen Tendenzen

und Machtverhältnissen darzustellen, um von da aus zu einem Urteil über die zukünftigen Aussichten unter Papandreou zu gelangen. Dessen Ausspruch bei einer Wahlrede, daß die Gefahr des Kommunismus in Griechenland noch nicht gebannt sei und deshalb gewisse Sondergewalten des Staates nicht aufgegeben werden könnten, daß diese Gewalt in den Händen der Karamanlis-Gruppe aber schädlich sei, soll dabei als Leitfaden vorweggenommen werden.

Reaktion und Diktatur in der Vorkriegszeit

Mit dem Beginn der Industrialisierung in Griechenland am Ende des vorigen Jahrhunderts formierten sich als vorherrschende Gruppierungen die royalistische „Volkspartei", hinter der die konservativen Großgrundbesitzer standen, und die republikanische „Liberale Partei", welche die kapitalistisch-fortschrittlichen Interessengruppen vertrat. Bei der Agrarreform nach dem 1. Weltkrieg erhielten die Großgrundbesitzer immerhin so reichliche Entschädigungen, daß sie zu potentiellen Kapitalisten wurden. Sie bildeten aber hauptsächlich bedeutendes Finanz- und Handelskapital, blieben konservativ und dem Königshaus verbunden, so daß der Konflikt mit den Liberalen, obwohl sein materieller Inhalt verschwunden war oder zumindest sich verschoben hatte, auf der politischen Ebene bestehen blieb. Nach der Revolution von 1922 gelang es den Liberalen mit Hilfe fortschrittlicher Militärs, den König ins Exil zu schicken. Die Liberalen gingen aus den Wahlen von 1923 und 1928 als Sieger hervor. Dies ist eine kurze, relativ freizügige Periode, in die auch bescheidene Anfänge einer Industrialisierung fallen. Dennoch konnten die Royalisten in den Wahlen des Jahres 1932 wieder mit den Liberalen gleichziehen und bildeten, zunächst unter Beteiligung der letzteren, die Regierung, riefen dann aber den Widerstand der Liberalen hervor und wurden von ihnen gestürzt[1]).

Der Führer der Liberalen war Venizelos, der Vater des heutigen Vizepräsidenten, von dem noch zu sprechen sein wird. Neuwahlen im Jahr 1933 führten nun aber zu einem eindeutigen Sieg der Volkspartei. Dieser Stimmenzuwachs für die Volkspartei erklärt sich hauptsächlich daraus, daß die ehemaligen Großgrundbesitzer durch Mittelsmänner das aufgeteilte Land weitgehend wieder in ihren Besitz gebracht hatten und massiven Druck auf die Landbevölkerung ausüben konnten, aber auch daraus, daß die Liberalen als die Vertreter der Industrie, im Zeichen des Frühkapitalismus und der wachsenden Konzentration in den Städten, von den städtischen unteren Volksschichten für das Elend des Proletariats verantwortlich gemacht wurden.

Ein Putschversuch der Liberalen im Jahre 1935 wurde, als er schon nur noch wenig Aussicht hatte, von der KP verraten und vollends niedergeschlagen. Obwohl die Liberalen und alle ihnen nahestehenden republikanischen Gruppen von den 1936 folgenden Wahlen ausgeschlossen waren, konnte die „Union der Royalisten" unter Metaxas nur 15% der Stimmen erlangen, was nun, da die Manipulatoren nach dem Ausschluß der anderen Parteien sich wohl wenig Mühe gegeben haben, ein bezeichnendes Licht auf die Diskrepanz zwischen früheren Wahlergebnissen und der tatsächlichen politischen Stimmung im Lande wirft. Offiziere — an deren Spitze Papagos, von dem ebenfalls später noch einmal die Rede sein muß — setzten die Rückkehr des Königs durch, welche selbst die Royalisten nicht so unverhohlen zu fordern gewagt hatten, welche dann aber durch ein manipuliertes Referendum für den König bestätigt wurde. Indes mag seine nach wie vor unsichere Position den König bewogen haben, nach seiner Rückkehr Burgfrieden mit den Liberalen zu schließen, die solches Entgegenkommen durch ihre Kooperation und den Slogan „WW" (sprich Wassilevs=König und Wenisalos) belohnten. In den nun folgenden Wahlen siegten die Royalisten knapp mit der erforderlichen Mehrheit, konnten aber, da die Liberalen auf Opposition verzichteten, ihre und des Königs Stellung so weit festigen, daß der König nach dem Tode des liberalen Führers Wenisalos im Jahre 1936 eine Diktatur des Führers der Volkspartei, Metaxas, zu errichten wagte. Beim Einmarsch der Deutschen im Jahre 1941 flüchteten der König und einige royalistische Regierungsmitglieder ins Ausland. Metaxas schwankte noch zwischen Flucht und Verhandlungen, d. h. Einigung mit den Deutschen, starb aber, bevor es zu einer Entscheidung kam. Der offiziellen Sprachregelung nach hat er Selbstmord begangen, andere aber wollen wissen, daß er im Auftrag des Königs und der Engländer ermordet wurde.

Unter der deutschen Besatzung

Für die Besatzungszeit lassen sich im allgemeinen Gewirr geheimer Gruppen und Verbindungen die Doppelrollen, welche neben der offenen und versteckten Kollaboration verschiedene Organisationen und auch die Alliierten spielten, kaum noch klar nachzeichnen. Eine unzweideutige Stellung hatte während der Besatzung eigentlich nur die Widerstandsbewegung ELAS (die bewaffneten Einheiten), mit der EAM als politischer Organisation, beide unter der Führung der KP, die allerdings nach der Befreiung diese Unzweideutigkeit ebenfalls einbüßte.

Neben der und auch gegen die ELAS bestanden zwei Widerstandsorganisationen: die EDES unter dem General Serwas, welche dem im Exil lebenden Republikaner Plastiras nahestand, sich später aber radikalisierte und von ihm trennte, und die Organisation „X" (chi) unter dem royalistischen General Grivas, welche in der Bürgerkriegszeit das Gros der rechtsradikalen Terrorgruppen lieferte. Die wichtigste Erklärung für nur scheinbar widersprüchliche Interessen und Aktionen in dieser Zeit liegt sicher darin, daß dem griechischen Groß- und Kleinbürgertum und den Alliierten eine Sorge gemeinsam war, wie nämlich man sich gegen die mächtige und populäre ELAS und gegen gesellschaftliche Veränderungen nach dem Kriege schützen könne. (Typisch

für diese Situation ist es, daß zum Beispiel auf geheime Anweisung der Engländer griechische Militäreinheiten sich aus der bürgerlichen Widerstandsbewegung rekrutieren und freiwillig dem Befehl der Deutschen unterstellten, mit dem Ziel, daß nach dem Krieg eine intakte bewaffnete Macht gegen die Kommunisten sofort bereitstehen sollte).

Die Doppelrolle der KP im Bürgerkrieg

Schon auf der Jalta-Konferenz hatte sich England das Versprechen Stalins gesichert, die günstige Lage der KP in Griechenland nicht auszunützen, eine Übereinkunft, die eigentlich nicht als „Zugeständnis" Stalins gewertet werden kann, sondern eher auch in seinem Interesse lag, da revolutionäre Bewegungen, wie sie spontan aus einem solchen Widerstand hervorgehen, naturgemäß nur begrenzt die Kontrolle der offiziellen KP und erst recht der Sowjetunion dulden. So geschah es nach seinen Direktiven, daß die griechische KP in der letzten Phase der Befreiungskämpfe die Forderung nach „Sozialer Freiheit" durch die Parole der „Nationalen Befreiung" ersetzte und in den ersten Nachkriegstagen bereits die „Nationale Einheit" propagierte. „Zum Wohl des ganzen Volkes und im Interesse des nationalen Aufbaus" erklärte sie sich zur Kooperation mit den Bürgerlichen bereit und verzichtete auf die reale Chance, die Macht zu übernehmen. Funktionäre der KP und bürgerliche Politiker (an deren Spitze Papandreou als Sprecher der konservativen Volkspartei, deren Nachfolgerin die heutige ERE seines Gegners Karamanlis ist), trafen sich auf einer Konferenz im Sommer 1944 und bildeten gemeinsam die erste Regierung, deren Ministerpräsident aber ein Bürgerlicher, nämlich Papandreou, wurde. Schon hier war es zu Spannungen zwischen der KP und der Masse der ELAS gekommen, welche ihre revolutionären Ziele nicht aufzugeben bereit war. Während längst schon die Anzeichen für eine Wiederherstellung der absoluten Herrschaft der Plutokraten sich gemehrt hatten, das reaktionäre Militär sich wieder rekrutierte und auf einer zweiten Konferenz (in Warkissa) zwischen KP und Bürgerlichen über die Entwaffnung und Auflösung der ELAS verhandelt wurde, gab die Besetzung Athens durch die Engländer im Dezember 1944 den Start zu einem Aufstand der revolutionären Volksmassen in Athen. Die KP selbst verhinderte, daß die Truppen der etwa 80 000 Mann starken ELAS aus den Bergen den nur etwa 10 000 bewaffneten Revolutionären in Athen zu Hilfe kamen, so daß dieser Aufstand niedergeschlagen werden konnte. Die Bürgerlichen zeigten nun auf Drängen der Engländer, die wohl den offenen Bürgerkrieg vermeiden wollten, Kompromißbereitschaft und ersetzten den Ministerpräsidenten Papandreou durch den populäreren Plastiras, erreichten mit diesem Regierungswechsel aber gleichzeitig den Ausschluß der Kommunisten aus dem Kabinett. Plastiras unterzeichnete das Abkommen von Warkissa, so daß nun offen gegen die ELAS vorgegangen wurde. Es läßt sich nicht mit Sicherheit ausmachen, ob die KP sich wirklich eine neue Teilnahme an der Regierung davon erhoffte, daß sie die rebellische ELAS mit zerschlagen half, oder ob sie einfach auf Anweisung Stalins handelte, der in einer Periode der sich abzeichnenden Eigenwilligkeit Jugoslawiens einen unabhängigen kommunistischen Balkanblock wohl ebenso sehr fürchtete, wie die westlichen Alliierten eine weitere Verbreitung des Kommunismus auf dem Balkan überhaupt. Die griechische KP trug jedenfalls aktiv zum Untergang der ELAS bei — und damit zu ihrer eigenen Unterdrückung —, teils durch offenen Verrat, teils indem sie Tausende von Partisanen, angeblich zu deren Schutz, außer Landes brachte und hauptsächlich nach Jugoslawien schleuste. Jugoslawien selbst stellte seine anfängliche Unterstützung der griechischen Aufständischen — so Djilas — ebenfalls auf Stalins Weisungen hin ein. Da aber der Widerstand der ELAS dennoch nicht zu brechen war, vollzog die KP nach außen eine Wendung und gab vor, nun für die Anerkennung der ELAS einzutreten, ein Umschwung, der den Führern der ELAS glaubhaft erschien, da sich mittlerweile die Verfolgungen durch die Regierung und die Repressalien durch rechte Terrorgruppen auf alle Kommunisten ausgedehnt hatten. Als Bedingung für eine solche Anerkennung forderte die KP-Führung aber, daß die ELAS-Einheiten sich offen formierten. Damit beraubte sie die ELAS der taktischen Vorteile des Partisanenkampfes und gab sie einer nunmehr verstärkten und gezielten Verfolgung preis: in der Folge wurden Tausende erschossen, deportiert und in Konzentrationslager geschafft, die auch heute noch bestehen. Dieses Kapitel der griechischen Nachkriegsgeschichte, das, der übrigen Entwicklung vorgreifend, im Zusammenhang wiedergegeben wurde, endete mit dem Verbot der KP im Jahre 1947.

Die politische Entwicklung bis zu den Wahlen

Wie schon erwähnt, löste nach dem Dezemberaufstand 1944 der liberale Politiker Plastiras, den man wegen seiner Popularität zum Auftrag der Vermittlung zwischen rechts und links für berufen hielt, Papandreou ab, der für eine solche Rolle weniger geeignet schien. Plastiras war der Führer einer eigenen, zwar bedeutenden, aber nicht entscheidend starken bürgerlich-republikanischen Mittelpartei, so daß seine Rolle nach außen glaubhaft war, man sich auf der Rechten dennoch stark genug fühlte. Zwar betrieb Plastiras die Verfolgung der Kommunisten weiter, er entwickelte aber gleichzeitig Vorstellungen, welche eher um die Lösung der sozialen Probleme etwa im Sinn einer sozialen Marktwirtschaft, als um die unmittelbaren Interessen der griechischen Plutokraten besorgt waren, und gab sich nicht zufrieden mit der ihm zugedachten Rolle als Aushängeschild. Er wurde durch Vulgaris ersetzt, unter dem sich der Terror rechter Gruppen voll entfalten konnte. Der liberalen Opposition gelang es zwar, Vulgaris zu verdrängen, ihr Einfluß reichte aber nicht aus, den Rechtsextremismus wirklich zu überwinden. Die

Wahlen von 1946, an denen sich die KP nicht beteiligte, führten im Zeichen des Terrors von rechts zu einem Sieg der Volkspartei. Es folgte 1947 ein Referendum, bei dem unter dem gleichen Druck mit 68% für die Rückkehr des Königs gestimmt wurde. Trotz den Praktiken der extremen Rechten fanden sich in dieser letzten entscheidenden Phase des Bürgerkrieges die bürgerlichen Mittel- und Linksparteien, unter der Bedrohung durch die revolutionäre ELAS, zu einer Koalition mit der Volkspartei bereit. Unter dieser bürgerlichen Einheitsfront, die sich bis zu den nächsten Wahlen im Jahre 1950 hielt, wurde die KP verboten und es entstanden jene Ausnahmegesetze, die sich seither als Instrument zur Verfolgung und Unterdrückung der Gesamtheit der Opposition bis heute bewährt haben.

Die Wahlen von 1950 sind unter verschiedenen Aspekten als wesentlicher Einschnitt in der griechischen Nachkriegsgeschichte anzusehen. Sie brachten einen Erfolg der EPEK (Einheitliche Fortschrittliche Zentrumsunion) Plastiras, der Demokratischen Partei Papandreous und der Liberalen Partei Wenisalos, und eine Koalitionsregierung dieser Parteien mit Plastiras als Ministerpräsident. Mit der relativen politischen Entspannung, die diese Regierung bescherte, traten nun objektive und konkrete wirtschaftliche Probleme zutage als Folgen der Wirtschaftsweise der Vergangenheit. Die hier mit „fortschrittlich" etwas stilisiert gekennzeichneten Vertreter des Industriekapitals hatten nämlich den Konservativen in der Realität nichts entgegengesetzt, d. h. kein nennenswertes Unternehmertum hervorgebracht, sondern bei unterentwickeltem Stand der Produktivkräfte langfristige Investitionen vermieden und direkte Gewinne gesucht. Das bedeutet aber im Fall Griechenlands: Fehlen von Konkurrenz und eine Art Monopolstellung kleiner Industrieller, die sich auf der Entwicklungsstufe der Manufaktur anachronistisch lange zu halten vermochten, genauer gesagt, die ihre politische Macht gerade auf Grund eines allgemeinen wirtschaftlichen Stillstandes zu halten vermochten. Das ist überhaupt das Kuriosum der griechischen Gesellschaft bis in die jüngste Zeit, daß sie von einer ausgebildeten kapitalistisch-bürgerlichen Klasse beherrscht wird, die aber keine entsprechende materielle Basis entwickelt hat, ein Merkmal, das den bisher verwendeten Begriff des „Plutokraten" rechtfertigt und das im Auge behalten werden muß zum Verständnis der weiteren Entwicklung.

Der niedrige Stand der Produktion machte die verschiedenen Versuche unwirksam, welche zur Bekämpfung der nun offen ausbrechenden Inflation unternommen wurden. Objektive Schwierigkeiten, aber auch interessenbedingter Widerstand — wenn es um Lohn- und Preisfragen ging — traten Plastiras' deflationistischen Maßnahmen entgegen und waren der Grund für wiederholte Koalitions- und Regierungskrisen. Anlaß zum Rücktritt der Regierung Plastiras war seine Forderung, die politischen Gefangenen zu amnestieren, wobei er sich von der Stärkung der Linken wohl auch Unterstützung gegen den Boykott erhofft haben mag, der gegen sein Stabilisierungsprogramm betrieben wurde. (Diese Forderung nach Amnestie der politisch Verfolgten taucht übrigens auch heute wieder bei Papandreou auf, der damals, als einer solchen Forderung noch weit mehr explosive Bedeutung zukam, aber zu den Gegnern Plastiras gehörte). Aus den 1952 erfolgenden Neuwahlen ging der General Papagos erfolgreich hervor, als Führer der „Griechischen Einigungspartei", (deren Abkömmling die heutige „Fortschrittspartei" ist), deren Programm wirtschaftlich die Belebung eines romantisch-patriarchalisch bestimmten einheimischen Unternehmertums vertrat und politisch an gewisse Thing-Ideale erinnert. Der Sieg Papagos ist eindeutig die irrationale, wenn nicht faschistoide Reaktion des griechischen Klein- und Mittelbürgertums auf die Wirtschaftskrise der fünfziger Jahre. Mit Papagos kam die extreme Rechte wieder an die Macht.

Inzwischen war der Einfluß des amerikanischen Großkapitals zu einem der wichtigsten Faktoren in der griechischen Politik geworden. Gleichzeitig hatten sich, nicht zuletzt durch Korruption und Gewinne an der im Rahmen deflationistischer Maßnahmen erfolgten Währungsreform, Teile des griechischen Finanz- und Industriekapitals zu einheimischen Partnern der ausländischen Interessenten qualifiziert. Eine massive Verbindung zur Begründung von großindustriellen Unternehmungen konnten beide aber erst nach dem Tode des kleinbürgerlichen Papagos eingehen, nachdem der König (ohne Wahlen!) zum Nachfolger den bis dahin unbekannten Abgeordneten Karamanlis bestimmt hatte. Dieser brachte die Sammlung aller Reste und Anfänge rechter Gruppierungen zur heutigen ERE (Radikal Nationale Union) zustande und konnte sich und diese Partei in allen folgenden Wahlen, nämlich 1956, 1958 und 1961, behaupten. (Papandreou war in dieser Periode zeitweise Abgeordneter der ERE.)

Wirtschaftliche Interessen im Konflikt zwischen ERE und EK

Es gilt als sicher, daß hinter Karamanlis das ausländische und vorwiegend das amerikanische Großkapital steht, verflochten mit den Interessen eines unter solcher Schirmherrschaft schnell sich konzentrierenden und wachsenden Industriekapitals einiger einheimischer Großunternehmer. In seiner Regierungszeit erfolgten, von ihm unterstützt, direkte Investitionen amerikanischen Privatkapitals, wobei man gleichzeitig zur Entwicklung der nationalen Industrie den Weg über Subventionen und Investitionshilfe an die kleinen rückständigen Unternehmer umging, statt dessen aber einige neu entstehende Großunternehmungen, nicht zuletzt mit Hilfe einer einseitig verteilten Marshallplanhilfe, protegierte.

Karamanlis hatte ein relativ klares Wirtschaftsprogramm (einen 5- und einen 10-Jahres-Plan), das eine Weiterentwicklung in dieser Richtung vorsah, nämlich den Aufbau

einer griechischen Großindustrie mit monopolistischen Zügen, unbekümmert um die Bereitschaft oder nicht, die Fähigkeit oder Unfähigkeit der Klein- und Mittelbourgeoisie, mit dieser Entwicklung mitzuhalten.

Also hat man es in einem ganz bestimmten Sinn mit einer Scherenbewegung zu tun, insofern nämlich die ERE des Karamanlis, um die sich die ehemals „reaktionären" Gruppen sammeln, in einem ganz bestimmten und begrenzten Sinn die „progressive" Rolle, welche bislang durch die Liberalen repräsentiert war, übernommen hat. Durch den forcierten Aufbau einer Großindustrie war die Existenzgrundlage der kleinen Unternehmer zunehmend bedroht. Hinter dem Konflikt zwischen ERE und EK (Zentrumsunion) steht eben nicht nur im politischen, sondern auch im wirtschaftlichen Bereich das Bedürfnis der Bürger, sich gegen die Bürger zu schützen. Als mindestens gleichwertig mit der Forderung nach Herstellung eines Rechtsstaates und nach Abschaffung der politischen Willkür, von der zunehmend auch die bürgerliche Opposition betroffen war, müssen bei den von Papandreou kanalisierten Unruhen auch die Interessen der alteingesessenen Manufakteure verstanden werden, welche jenes ihnen eigentümliche, nämlich auf Rückständigkeit begründete Monopol gegen Entwicklungsanstrengungen und gegen die Konkurrenz eines entwickelten Monopolkapitals schützen möchten. Die optimistische Vereinfachung, daß mit Papandreou ein allgemeines Freiheitsstreben sich durchgesetzt hätte, sollte also dahingehend berichtigt werden, daß es dem größeren Teil der griechischen Bourgeoisie gelungen ist, das Unbehagen des Kleinbürgertums und den Widerstand der unteren Klassen, besonders aber auch der Intellektuellen, in ihre Bahnen zu lenken. Und entsprechend gering fallen die Chancen für eine tiefgreifende Demokratisierung aus.

Die Aussichten unter Papandreou

Zunächst ist es noch nicht sicher, ob P. sich als Regierungschef halten kann. Eine Rivalität zwischen P. und dem Liberalen Wenisalos jun., die möglicherweise noch zu Neuwahlen führen kann, hat ihre Vorgeschichte darin, daß der König, für dessen status quo ein Ausgleich bzw. eine Spannung zwischen den bürgerlichen Lagern am günstigsten ist, schon vor Karamanlis' Rücktritt und verstärkt danach eine Regierungskoalition aus einem Flügel der ERE und dem liberalen Flügel der EK unter Wenisalos manipulieren wollte. P. reagierte auf diese liberalen Ambitionen mit dem Ausschluß W's und mit der Drohung an den König, die alte Streitfrage um die Monarchie wieder aufzuwerfen. Kurz vor den Novemberwahlen kam es zu einer Versöhnung, und die Einheitsfront der Mittelparteien konnte erhalten werden. Von der aber nach wie vor ungewissen Entscheidung Wenisalos', d. h. auch von der Unterstützung oder aber Neutralität des Königs hängt es ab, ob die KE unter P. regierungsfähig sein wird oder nicht, und auch dann wird ihre Abhängigkeit von den pendelnden Liberalen ihre Schwäche sein. Wie auch immer, steht fest, daß P. die Zurückhaltung des Königs damit zu honorieren hätte, daß der Status und die Kompetenzen des Monarchen unangetastet bleiben. Damit werden aber die demokratischen Kräfte, und besonders diejenigen, die völlig zu Recht eine große Verfassungsreform für unumgänglich halten, vorweg stark eingeschränkt.

Papandreou hat vage eine „breitere wirtschaftliche Entwicklung" propagiert, aber kein Programm zu einer solchen Entwicklung vorgetragen. Ebenso sucht man vergeblich nach konkreten Vorstellungen und Zusagen über irgendeinen Lösungsversuch für die dringenden sozialen Probleme Griechenlands.

Was sein politisches Programm anbetrifft, so hat er als wichtigsten Punkt die Aufhebung der Ausnahmegesetze angekündigt, aber nicht ohne die vorsichtige Einschränkung, daß angesichts der kommunistischen Gefahr Ersatz dafür geschaffen werden müsse im Rahmen einer demokratischen Verfassung. Er hält sich dabei ausdrücklich an das bundesdeutsche Muster einer „sich wehrenden Verfassung", bei der die Unantastbarkeit bestimmter Prinzipien des gesellschaftlichen Systems die Einschränkung der freien Meinungs- und Gruppenbildung, sofern dadurch die Grundlagen der bestehenden Gesellschaft in Frage gestellt werden, rechtfertigt. Um die Bedeutung einer solchen Beschneidung, die allen praktischen Ansätzen vorgreift, richtig zu ermessen, muß man sich unter anderem auch einmal vor Augen halten, daß der Wehrhaftigkeit der Verfassung in Griechenland beträchtliche Mittel zur Verfügung stehen: Genaue Zahlen lassen sich nicht angeben, aber es ist ein offenes Geheimnis — und die enorme Gesamtsumme verschiedener Geheimfonds im griechischen Haushalt bestätigt das —, daß die Geheimpolizei KIP inzwischen mindestens die Stärke der offiziellen Polizei erreicht hat. Man muß zweifeln, daß von dem „allgemeinen Freiheitsdrang", selbst wenn die Regierung eine gewisse Lockerung tatsächlich durchzusetzen gewillt und imstande wäre, viel übrig bleiben kann angesichts eines Riesennetzes von ausgebildeten und zum großen Teil bewaffneten, rechtsextremen Berufsspitzeln und -terroristen. Denn es widerspricht aller soziologischen Erfahrung, daß ein solcher Apparat kurzfristig funktionslos würde. Die Ankündigung P.'s, daß eine Amnestie der politisch Verfolgten bevorstünde, verliert in diesem Licht ebenfalls etwas an Attraktion. Die Sätze einer „sich wehrenden Verfassung" schließen es aus, daß die Mehrzahl, d. h. Linksintellektuelle oder gar die offenen Kommunisten, unter diese Amnestie fallen werden. Vielmehr wird es sich wahrscheinlich um jene im Grunde bürgerlichen Oppositionellen handeln, die bei der Allergie von der allgemeinen Unterdrückung mit betroffen waren. P. scheint sehr mit der Unterstützung der Intelligenz zu rechnen, deren aufgestautes politisches Potential er integrieren und zur Kooperation

anreizen möchte. Die Forderung nach neuen Schulen, Hochschulen und Universitäten taucht in seinen Wahlreden immer wieder auf: mehr Fachwissenschaftler müßten herangebildet werden und überhaupt müßte den Experten mehr Geltung beim Aufbau von Wirtschaft und Gesellschaft eingeräumt werden, wobei allerdings romantische Reminiszensen an das alte griechische Ideal vom Philosophenstaat nicht fehlen. Er konnte damit ein sehr allgemeines — und wohl auch objektives — Ressentiment der Intellektuellen aller politischen Richtungen aktivieren, nämlich das des Experten wegen des geringen Marktwertes seiner Qualifikation in einer Protektionswirtschaft.

Die Frage, welche politische Richtung bei der Intelligenz dominieren wird, wenn erst einmal die Zügel ein wenig gelockert werden, ist weitgehend auf Spekulationen angewiesen. Es sieht so aus, als brauchte P. eine heftige Bewegung nach links nicht zu befürchten, obwohl das theoretisch nach jahrelangem Zwang plausibel wäre. Gerade die anhaltende Frustration in der Vergangenheit aber scheint der Grund dafür zu sein, daß die Intellektuellen heute die Chance, und sei es zu noch so vorgegebener Aktivität im immer noch engen Rahmen, ergreifen werden. Für ihre voraussichtlich bürgerliche Entscheidung kommt hinzu, einmal daß sicherlich vorhandene Sympathien vieler Intellektueller nach links jahrelang vage bleiben mußten, da sie sich theoretisch, praktisch und organisatorisch nicht offen entwickeln durften, so daß neue und alte Impulse erst jetzt, und auch jetzt noch mit Vorsicht, sich formulieren könnten; zum andern ist es sicher, daß diese Sympathien n i c h t den vorhandenen offiziellen Linksgruppen, besonders der EDA, zufließen und zugute kommen werden, da diese allesamt unter dem Einfluß ehemaliger KP-Mitglieder stehen, die dort ihre Doppelrolle aus der Bürgerkriegszeit fortsetzen und die aus dieser Zeit so nachhaltig kompromittiert sind, daß die bestehenden Organisationen keine Anziehungskraft ausüben auf Sozialisten aller Spielarten.

Unmittelbare Anstrengungen und Maßnahmen zur Lösung der sozialen und wirtschaftlichen Probleme Griechenlands und zur Entwicklung auf eine zumindest formal freiere Gesellschaft hin sind also unter P. weder von ihm selbst noch von den hinter ihm stehenden Interessengruppen zu erwarten, noch von einer neuen Aktivität der bestehenden Linksorganisationen oder einer neu zu bildenden linken Opposition, wie sie zwar vielen vorschweben mag, aber praktisch kaum Chancen hat. Wohl aber besteht die Aussicht, daß nach dieser Öffnung, bei der den Experten und Intellektuellen Einfluß in Wirtschaft und Politik verschafft werden soll, auf diesem Umweg die griechischen Verhältnisse sich normalisieren werden im Sinn einer Angleichung an die formaldemokratischen Spielregeln und an die relative Prosperität der entwickelten Industrieländer. Auch mit einem Seitenblick auf die ausländischen Interessenten wäre es wohl eine Illusion zu glauben, daß die griechischen Verhältnisse noch offen genug seien für eine grundsätzlich andere Lösung. Es wäre aber auch eine Illusion zu glauben, daß die Normalisierung notwendig jetzt schon begonnen habe, denn dem steht entgegen, daß die Herrschaft sich bisher auf den unterentwickelten Stand der gesellschaftlichen Organisation gestützt hat, und daß ihre Vertreter nach wie vor die Politik mitbestimmen.

Die Wendung zur Mitte

Zum 35. Parteitag der PSI

„Wenn ich mit einem Satz ausdrücken könnte, was mich am meisten in meinem Leben als Sozialist beeindruckt hat, dann würde ich es die Tragödie der versäumten Chancen nennen, der Dinge, die hätten gemacht werden können und die nicht gemacht wurden, und zwar aus den verschiedensten Gründen, die ja vereinzelt richtig waren, die aber oftmals zum Alibi wurden, um das Mögliche abzulehnen und dies durch schönere, radikale, doch unmögliche Lösungen zu ersetzen."

Mit diesen Worten schloß Pietro Nenni am 25. Oktober in Rom sein Hauptreferat vor dem Parteitag und begründete damit auch autobiographisch seinen Vorschlag, der Parteitag solle dem Eintritt in eine Koalitionsregierung mit den Christlichen Demokraten, den Republikanern und den Sozialdemokraten zustimmen. Es war gleichzeitig ein Schlußstrich, den die „autonomistische" Mehrheit der PSI unter den Versuch zog, einen zwar eigenen, autonomen und nationalen Weg, aber doch immerhin einen W e g z u m S o z i a l i s m u s zu finden.

Vom Sozialismus ist in der Tat bei den Autonomisten kaum noch die Rede, d. h. eine politische Rede, abgesehen also von einigen Passagen, die der Parteistil erfordert. Vielmehr kehrt die Führung der Partei gleichsam zur historischen Rolle der PSI zurück, den reformistischen Initiativen einer fortgeschrittenen Bourgeoisie keinen Widerstand leisten, keine Alternative bieten zu können. Der große Liberale Giolitti vor dem ersten Weltkrieg, Moro und die Dorotheer (die Führungsgruppe der Democrazia Cristiana) heute: der Ausgang ist immer noch, daß die politische Vertretung der Arbeiterklasse den Kampf für einen sozialistischen Umbau der Gesellschaft bis auf weiteres verschiebt bzw. ihn darauf reduziert, die „Voraussetzungen" dafür zu schaffen, d. h. den Ausbau der bürgerlichen Demokratie, ihrer wirtschaftlichen und institutionellen Strukturen, denen die sozialistische Partei weitgehend verhaftet bleibt. Der Gegner wird dann nicht mehr das kapitalistische System als solches, sondern seine rückständigsten Kräfte, im heutigen Italien also die äußerste Rechte der DC (unter der Führung des alten Polizeiministers Scelba), die Liberalen Malagodis, die

Monarchisten und Neofaschisten sein. In der Tat kommt die klerikal-faschistische Rechte in den Reden Nennis, der die lange Tragödie des Faschismus in Italien, Spanien und Frankreich erlebt hat, als Schreckbild immer wieder vor. Diese Kräfte dürfen ja in einem widerspruchsvollen Land wie Italien nicht übersehen werden; sie fallen immerhin durch die rasche Entwicklung der privaten und staatlichen Oligopole, im Rahmen der europäischen Integration, einer unwiderruflichen Irrelevanz in den entwicklungsbestimmenden Entscheidungen zum Opfer. Dem italienischen Neokapitalismus kommt es darauf an, diese veralteten Reste seiner früheren Entwicklungsstufe (kleine und mittlere Industrie und Landbesitz, Kleinhändler, die gemeinsam den poujadistischen Stützpunkt der parlamentarischen Rechte bilden) abzuschaffen, selbst mit Hilfe des gewerkschaftlichen Drucks und der Lohnforderungen. Um dieses Ziel der wirtschaftlichen Rationalisierung gruppieren sich die fortgeschrittenen Manager des Kapitalismus und die reformistischen Führer der PSI (und freilich nicht nur diese). Wenn auch hier keine umfassende Analyse der „autonomistischen" Politik geleistet werden kann, sei doch nur auf den Beleg hingewiesen, daß die maßgebenden Zeitungen, etwa „La Stampa" (FIAT), „Il Giorno" (ENI-staatliches Oel-Monopol) und der traditionsgemäß regierungstreue „Messaggero", nunmehr seit Jahren die linke Mitte befürworten und das resignierte Nenni-Referat mit aller Zustimmung quittiert haben. Nicht vorbehaltlose, doch weitgehende Zustimmung kam diesmal merkwürdigerweise auch von „Il Corriere della Sera": dies ist insofern bezeichnend, als das konservative Blatt der Mailänder Bourgeoisie bisher vom Standpunkt Malagodis aus die Politik der linken Mitte scharf kritisiert hatte und erst jetzt deren Wert für die Stabilisierung des Systems einsieht. Das wäre allerdings nicht möglich gewesen, wenn Nenni seine alte Zielsetzung der W e n d u n g nach links nicht geändert hätte, indem er diese durch die bloße Unumgänglichkeit der Koalition der linken Mitte ersetzte (Zusammenarbeit um jeden Preis — sagen böse Zungen). Seine Rede hat in der Tat die ursprünglichen Forderungen der PSI weit eingeschränkt, u. a. hat er die NATO und selbst die multilaterale Atommacht — zwar nicht prinzipiell — in Kauf genommen, die DC nur in ihrem rechten Flügel angegriffen, wobei von ultimativen Forderungen etwa nach Errichtung der Regionen und nach einer tiefgreifenden Schulreform keine Rede mehr ist. Die Stellung, die Nenni gegenüber der KPI einnimmt, geht zwar von einigen sozialistischen Argumenten aus, verfällt aber gleich in eine Kritik, die sich kaum von der bürgerlichen bzw. sozialdemokratischen unterscheiden läßt. Statt der KPI eine echte revolutionäre Alternative gegenüberzustellen, begnügen sich die Autonomisten mit dem Bild einer „demokratischen" Gesellschaft, in welcher Freiheit und Persönlichkeit lediglich durch die Institutionen des bürgerlichen Parlamentarismus gewährleistet werden sollen.

Eben wegen dieser Wendung des Genossen Nenni zur Mitte tauchten in der letzten Zeit und selbst auf dem Parteitag Differenzen unter den Autonomisten auf. Der als kluge Kopf der Partei bekannte Riccardo Lombardi und seine Freunde (Codignola, Giolitti etc.) waren bereits im Juni als Oppositionsgruppe gegen die Nenni-Führung aufgetreten, als damals der Parteisekretär ein Regierungsprogramm mit der DC unter den dunklen Schatten der Wahlergebnisse vom 28. April (Niederlage der DC und in kleinem Maße der PSI zugunsten der Liberalen und der KPI, die ca. 1. Million Stimmen gewann) ausgehandelt hatte. Das ZK lehnte das Regierungsabkommen ab und das Problem der Regierungsbeteiligung der PSI wurde auf den Parteitag verschoben. Indessen hatten sich die Autonomisten wieder geeinigt, doch war die Rede Lombardis von der Nennis sehr verschieden. Keine Spur mehr von Resignation und Nachgeben, sondern „die Forderung nach einer tiefen Erneuerung des Landes, nicht irgendeiner Erneuerung, durch eine demokratische Wirtschaftsplanung, nicht durch irgendeine Planung". Dazu die Ablehnung der NATO-Ideologie und der multilateralen Atommacht sowie einer Diskriminierung der Kommunisten. Lombardi schien damit eine Vermittlerrolle zwischen Nenni und der Linken einzunehmen, deren Vertreter sein Referat begrüßten. Es sind nur einige Fragen nicht zu vergessen: 1) was bedeutet tatsächlich die Stellung Lombardis, wenn er auf der Einheit des autonomistischen Flügels besteht, die Schlußresolution annimmt, die nicht ohne Kompromisse doch auf der Linie Nennis liegt, und sich damit begnügt, einige Plätze für sich und seine Freunde in dem schönmanipulierten ZK zu bekommen, als ob einige egg heads an den Führungshebeln einer sozialistischen Partei die ausbleibende Beteiligung der Massen an der Basis ersetzen könnten. Man kommt hier an die Grenze der bewußten Praxisfremdheit und der politischen Eitelkeit. 2) ob die „demokratische" Planung, die dem Staat und der staatlichen Industrie einen maßgebenden Platz zuweist, nicht letzten Endes Rationalisierungs- und Modernisierungsmaßnahmen (wie die Verstaatlichung der Elektrizitätswerke, von Lombardi jahrelang befürwortet und von Fanfani 1962 in der ersten Regierung der linken Mitte, ohne direkte Beteiligung der PSI, durchgesetzt) zur Folge hat, die das kapitalistische Gefüge durch die Aufnahme einiger Forderungen der Arbeiterbewegung stabilisieren.

Die Rede Lombardis wurde mit großem Interesse von dem linken Flügel (Vecchietti, Valori, Basso) aufgenommen, der darin die Möglichkeit einer Annäherung an die Autonomisten sah. Vecchietti hat in seinem Referat die Möglichkeit der Beteiligung an einer Regierung mit der DC prinzipiell nicht bestritten, und schon gar nicht die Notwendigkeit eines Gesprächs mit den Katholiken. Die PSI solle aber nicht auf einige grundlegende Punkte verzichten: Neutralismus, eine Wirtschaftspolitik, die die Reallöhne wachsen läßt u n d n i c h t d u r c h a n t i k o n j u n k t u r e l l e M a ß n a h m e n

stoppt. Werden diese Grundforderungen befriedigt, so nimmt der linke Flügel die Regierungsbeteiligung in Kauf, um die Einheit und die Stärke der Partei zu retten. Sonst „werden wir den Kopf nicht beugen": eher als eine Drohung mit Spaltung sahen in diesem Spruch viele Delegierte, nicht nur die linken, die Vergegenwärtigung der Würde der PSI, erhoben sich und sangen gemeinsam „Bandiera rossa".

Es sei aber zunächst darauf hingewiesen, wie schwer und m. E. nicht sehr aussichtsreich die Rolle der Opposition in der PSI ist, Sie verfügt ja über 40% der Stimmen gegen fast 58% der Autonomisten, lebt aber beinahe wie „eine Partei in der Partei". Insbesondere auf lokaler Ebene wird oft von den Anhängern Nennis der Versuch unternommen, die Linke auch durch disziplinäre Maßnahmen vom Leben der Partei einfach auszuschalten; soziologisch hat sich die Zusammensetzung der rund 500 000 Parteimitglieder verändert, d. h. verbürgerlicht (mittlere und kleine Bourgeoisie und Intellektuelle verschiedener Provenienz statt Arbeitern); in den Stadt- und Provinzialräten mit Linker-Mitte-Mehrheit streben immer mehr die Vertreter der PSI die Macht um der Macht willen an: Tatsachen, die eine weitgehende Sozialdemokratisierung erkennen lassen. Von diesem Trend bleibt der linke Flügel selbst nicht unberührt: von dem theoretischen Vakuum und der Desorientierung der PSI affiziert, gelingt es ihm nicht, eine sozialistische Strategie aufzustellen, die sich nicht in parteipolitischen und parlamentarischen Kämpfen erschöpft; seine Kräfte werden allzu oft in der inneren Auseinandersetzung mit den Autonomisten verschwendet. Damit gelangen wir aber zu einer Frage, welche die ganze Arbeiterbewegung in Italien und die KPI in erster Linie betrifft, ob nämlich die Parteien als solche, zumindest die bestehenden Parteien, heute fähig sind, die Kämpfe zu führen und zu vertreten, die sich im Kern der kapitalistischen Macht, in den Betrieben der staatlichen und privaten Monopole, gegen das kapitalistische Gesellschaftssystem als Ganzes entfalten.

Fabio Caffaro

Wo steht die algerische Revolution?

Die deutsche Arbeiterbewegung hat nicht geruht, zum algerisch-marokkanischen Konflikt Stellung zu nehmen. Es wäre ihr auch schwer gefallen, es zu tun; die einzige „selbständige" außenpolitische Regung, zu der sich in letzter Zeit die Sozialdemokratie aufschwang, war das Einschwenken auf die Linie des Weißen Hauses. Aber Washington selbst befand sich in Nord-Afrika in einem Dilemma. Mit dem Herzen, und wohl auch mit einigen materiellen Mitteln, war es auf Seiten des Königs von Marokko, aber Ben Bella fallen lassen konnte bedeuten, ihn ganz in die Hände Moskaus oder gar Pekings zu treiben. Also mußte man vorsichtig operieren.

Bereits als der „Aufstand in der Kabylei" ausbrach, schrieb Leo Sauvage im konservativen „Le Figaro": „... führende amerikanische Kreise, die aus Gründen des politischen Realismus dazu neigten, den ‚Castroisten' Ben Bella zu unterstützen, solange er ihnen der unbestrittene Meister in Algerien zu sein schien, sind von der Affaire in der Kabylei beeindruckt."

Aber nicht nur diese amerikanischen Kreise, sondern auch „Linksintellektuelle" in Frankreich und anderswo, sogar einschließlich des „Sozialdemokratischen Pressedienstes", erwiesen sich plötzlich als Anhänger der kabylischen Abart von Sozialismus, die als FFS (Front des Forces Socialistes) firmierte. Nur „Témoignage Chrétien", der linkskatholischen Wochenschrift von Paris (10. Oktober), blieb es vorbehalten, den „kabylischen Aufstand" — der übrigens niemals stattgefunden hat — kühl zu analysieren: „Die Sozialisierungs- und Nationalisierungsmaßnahmen sind für die Kabylei, einem Bergland, in dem es nur Bauern mit sehr wenig Land und vereinzelt europäischen Grundbesitz gibt, nicht sehr vorteilhaft. Im Gegenteil: Zahlreiche kleine kabylische Kapitalisten, die in Algier und anderswo Restaurants, Cafés, Hotels, Geschäfte besitzen, werden von der Politik einer vollständigen Sozialisierung bedroht, die von Ben Bella verkündet wurde. Das ist die Grundlage der psychologischen und sozialen Unzufriedenheit, die Aid Ahmed und die anderen Führer des FFS ausnutzen und in eine politische Bewegung umzuwandeln versuchen."

Der katholische „Témoignage Chrétien" erteilte auch mit seiner Prognose über den Ausgang des „Aufstandes" den hilflosen Linken eine gute Lektion, als er voraussagte: „In den Augen des Volkes und der Masse der Bauern bleibt Ben Bella nicht nur der historische Führer, der den Aufstand entfesselte, sondern der Staatsmann, der in einem Jahr den Fellachen das Land gab. Das ist ein Titel, der die Verdienste der anderen ‚ex-historischen' Führer verblassen läßt."

Die tiefgreifende Agrarreform in Algerien war auch der eigentliche Grund, warum die glänzend ausgerüstete marokkanische Armee des Königs Hassan von Marokko zur Eroberung algerischen Grenzlandes ausgeschickt wurde. Die Dekrete vom März 1963, durch die das „verlassene" (französische) Eigentum in Algerien sozialisiert und im sozialistischen Sektor der algerischen Wirtschaft die Arbeiterselbstverwaltung eingeführt wurde, übten auf die marokkanischen Bauern eine um so tiefere Wirkung aus, als in ihrem Lande, sieben Jahre nach Erringen der Unabhängigkeit, die Agrarreform überhaupt noch nicht in Angriff genommen ist.

Der wachsende Einfluß der algerischen Revolution führte auch zur Niederlage der Partei des Hofes von Rabat in den Wahlen dieses Jahres. Es gelang ihr — obwohl der König sich höchstpersönlich als Wahlpropagandist betätigte — nur

ganze 34% der Stimmen zu erhalten. Um sich für diese Niederlage zu rächen, wurden Hunderte Führer der linken Oppositionspartei UNFP (Union Nationale des Forces Populaires), der Gewerkschaften und der Studentenorganisation verhaftet. Die Zahl der Eingesperrten wird auf 4000 geschätzt, darunter 21 der 28 linken Abgeordneten. Fast alle örtlichen Gewerkschaftsführer sind in Gefängnissen, ebenso wie der gesamte Mitarbeiterstab der einzigen linken Tageszeitung „Al Tahrir". Marokkanische und tunesische Studenten forderten am 29. August die Einsetzung einer internationalen Kommission zur Untersuchung der massenweisen Folterungen marokkanischer Häftlinge.

Die „demokratische" marokkanische Monarchie war es also, die durch Einverleibung eines Landstriches in der algerischen Sahara, in dem es übrigens reiche Eisenerzvorkommen gibt, an denen insbesondere die Rothschild-Bank in Paris interessiert ist, der „brutalen Diktatur Ben Bellas" eine Lektion erteilen wollte.

Ben Bella und die Demokratie

In einem Interview mit „Le Monde" (17. September) erklärte Ben Bella: „Es gibt keinen Platz für eine Opposition in Algerien. Man braucht mit unseren Ansichten nicht übereinzustimmen, und jeder Algerier hat das Recht, mich zu kritisieren. Aber dafür gibt es einen bestimmten Rahmen, und der ist die Partei. Innerhalb der Partei kann es verschiedene Richtungen geben. Wird eine von ihnen zur Mehrheit, dann bestimmt sie die Linie des FLN. Aber eine Pluralität der Parteien ist nicht möglich. Einige sagen, man könne in der Partei nicht frei seine Meinung äußern. Seien wir doch ernst: Aktivisten, die sieben Jahre lang gekämpft haben, können nicht plötzlich in Schafe verwandelt werden wie die des Panurg, die einem großen Führer — einer Art großem Zauberer — nachlaufen. Das ist absurd.

Wir können die Demokratie nicht in ihrer klassischen liberalen Bedeutung anwenden ... Unser Volk will konkrete und schnelle Erfolge. Es kümmert niemanden, ob wir unsere Taten am klassischen Schema der Demokratie messen. Das bedeutet jedoch keineswegs, daß ich der Diktatur das Wort rede. Kennen Sie einen Ort außerhalb Algeriens, wo eine Revolution ein Land derartig umgeformt hat, ohne Gewalt anzuwenden? Wie viele politische Gefangene gibt es? Boudiaf, drei andere in der Sahara und die wenigen ‚Partisanen' von Dra-el-Mizan, und diese wurden verhaftet, weil sie versuchten, einen bewaffneten Aufstand auszulösen. Ich werde niemals jemanden unter dem Vorwand verhaften, daß er sagt, ich hätte unrecht. Täglich treffe ich solche Leute, aber wenn jemand Mord organisiert, ist das etwas anderes." (Anm.: Die Zahl der Partisanen: 19! Boudiaf wurde inzwischen freigelassen.)

Der Verfasser dieses Artikels teilt nicht die Ansichten Ben Bellas über die Pluralität der Parteien. Aber in einem Land mit über 80 % Analphabeten, mit mehr Arbeitslosen als in der Industrie Beschäftigten — all dies ein furchtbares Erbe einer 130jährigen „demokratischen" Kolonisation, die jede eigene Regung des algerischen Volkes unterdrückte, kann man weder die Sprache noch die Taten Ben Bellas als die eines Diktators bezeichnen.

Ben Bella und der Islam

Auch über Ben Bellas „Islamismus" werden Legenden verbreitet, die man am besten mit seinen eigenen Worten zerstört. Auf die Frage eines Reporters: „Wie können Sie Islam und Sozialismus miteinander vereinbaren?" antwortete er: „Diese Frage ist berechtigt. Es mag Ihnen tatsächlich unverständlich sein, wenn man von Sozialismus spricht und sie mit Religion in Verbindung bringt. Als Verantwortlicher, als Sekretär der Partei, habe ich das Problem erwogen. Es gab das Wunder des nationalen Befreiungskampfes, der Revolution. Dieses Wunder war dem Bauern, dem Landarbeiter zu verdanken. Denn die Wirtschaft Algeriens erlaubte nicht die Herausbildung einer revolutionären Arbeiterklasse. Die Bauern waren die Avantgarde des bewaffneten Kampfes, die Bauern kämpften nicht für ein Präsidial-Regime, für diese oder jene Verfassung, oder überhaupt für eine bestimmte Regierungsform; der wesentliche Beweggrund der Bauern war, daß die Kolonialisten auf das zielten, was den Bauern teuer und heilig war: die arabisch-islamische Realität. Lassen Sie uns mit unserem Allah, und wir sind bereit, unsere sozialistische Revolution schneller voranzutreiben. Der Islam hinderte uns nicht daran, die Selbstverwaltung einzuführen. Der Islam hinderte uns ebenfalls nicht, Eigentum zu nationalisieren, dessen Existenz gegen unsere Moral verstieß. Im Gegenteil, er half uns, in unserer sozialistischen Revolution voranzugehen."

Man muß schon blind sein, um nicht zu erkennen, daß es Ben Bella nicht auf den „Islamismus" ankommt, den er höchstens als Aushängeschild benutzt, sondern auf die soziale Transformation der algerischen Gesellschaft.

Die Agrarreform Ben Bellas

Die Kritiker Ben Bellas hatten ihm zuerst vorgeworfen, er gehe nicht weit genug in seiner Agrarreform. Dann meinten sie, er bliebe nur bei der Enteignung des französischen Grundbesitzes stehen, traue sich aber nicht an den algerischen heran. Auf dem Kongreß der algerischen Bauern, der im Oktober dieses Jahres durchgeführt wurde, legte aber Ben Bella das Programm seiner Agrarreform völlig klar: „Nachdem wir zuerst das verlassene Vermögen übernommen, dann die Böden konfisziert haben, die Verrätern und Spekulanten gehörten, dann das Eigentum der ehemaligen französischen Siedler nationalisierten, muß die Agrarreform jetzt eine neue Etappe beschreiten. Das Privateigentum muß so begrenzt werden, daß die Herausbildung einer privilegierten Klasse unmöglich wird."

Dieser Bauernkongreß, auf dem Ben Bella sich praktisch alle Forderungen der Bauern zu eigen machte, überraschte alle Beobachter durch seine demokratische Verhandlungsführung, durch seine offene Sprache, durch die Kritik, die von den Rednern ohne jede Scheu zum Ausdruck gebracht wurde. Im „Le Figaro Littéraire" (vom 7.—13. November) schrieb David Rousset, der als Leiter einer Kommission zum Kampf gegen die Konzentrationslager insbesondere die früheren russischen KZs rücksichtslos denunziert hatte: „Sie (die Bauern) sprachen vor dem Präsidenten der Republik, vor Ministern, vor der Nation, ohne auf gute Manieren zu achten, in ihrer direkten, rauhen, harten Art, so wie sie denken... Keine Paraden, keine Gesänge, nur einige Banderolen: ‚Hoch die Dekrete vom 22. März' — ‚Das Land gehört denen, die es bearbeiten' ... Der Delegierte von Aurès erklärt: ‚Alle Beamten müssen von den Arbeitern gewählt werden.' Die Delegierte von Zéralda: ‚Die Beamten müssen auf Grund ihrer beruflichen Eignung gewählt werden. Sie müssen den Bauern nahestehen und ihren bürokratischen Geist los werden.'"

Am zweiten Tag, als Ben Bella in den Saal trat, während ein Delegierter von Médéa gerade eine Attacke „gegen die neu entstandene Staatsbürokratie" ritt, erhoben sich die Delegierten, um dem Präsidenten eine gewaltige Ovation zu bereiten. „Aber als der Applaus beendet war", schreibt Rousset, „erhoben sich einige und verlangten, daß der Delegierte von Médéa seine Beschwerden noch einmal wiederholen solle. Das tat er dann in genau der gleichen Sprache." Die Bauern entdeckten erst auf diesem Kongreß, daß ihre Probleme überall die gleichen sind, daß sie nur gemeinsam gelöst werden können, und daß sie selbst eine außerordentliche gesellschaftliche Kraft in ganz Algerien darstellen. David Rousset schildert das in folgender Weise: „Einer von ihnen sagte übrigens ausdrücklich in seiner Rede: ‚Wir konnten in den verschiedenen Delegationen zusammenkommen und unsere Standpunkte vergleichen.' Sie verstanden fast physisch, daß die 6000 Selbstverwaltungsausschüsse eine gewaltige nationale Kraft bedeuten. Der geschlossene Kreis ihrer regionalen Erfahrungen war gebrochen..."

„Sie haben verstanden, daß ihre soziale Emanzipation — wenn sie echt sein soll — erfordert, daß sie selbst die Produktionsmittel, Maschinen und Kapital besitzen, und daß sie den Handel kontrollieren. Sie verstanden, daß der Staat, sogar dann, wenn er die Interessen des Volkes verteidigt, nicht das Volk ist, und daß er deswegen eben nicht die Verwaltung, die Maschinen besitzen und das Kapital monopolisieren darf."

Die algerische Revolution hat bei der Landwirtschaft nicht haltgemacht. Die Enteignungen erstrecken sich auf Betriebe, Hotels, Cafés, die drohten, zur Quelle der Bereicherung einer kleinen privilegierten Schicht zu werden. „Diese Privilegien" muß man stets daran messen, daß in diesem Lande die Millionenmasse der Bauern ein Einkommen von 200,— DM im Jahr hat. Sicher ist die Gefahr einer bürokratisch-diktatorischen Entartung in einem Lande mit über 80% Analphabeten mit sehr spärlichen materiellen Hilfsquellen besonders groß. Bisher jedoch hat Ben Bella es verstanden, durch eine Ausdehnung der Revolution auf die ärmsten Schichten der Bevölkerung durch ihre Einbeziehung in den Transformationsprozeß der algerischen Gesellschaft, durch die Schaffung demokratischer Selbstverwaltungsorgane, ein Gegengewicht zu den bürokratisch-diktatorischen Tendenzen zu schaffen.

Wenn wir daran interessiert sind, daß die demokratischen sozialistischen Tendenzen in Algerien gestärkt werden, müssen wir alles tun, die Isolierung der algerischen Revolution von der europäischen und vor allem der deutschen Arbeiterbewegung durchbrechen zu helfen. Unsere Hilfe für Algerien, die auf einer möglichst breiten Basis organisiert werden muß, bedeutet eine wirksame Unterstützung für die freiheitlichen sozialistischen Kräfte Algeriens.

Said Jabra

Zum Kongreß „Europäische Integration und Arbeiterbewegung" (4., 5., 6. Oktober, Paris)

Der Kongreß, der vom Pariser „Centre d'Études Socialistes" veranstaltet wurde, beschäftigte sich im wesentlichen mit folgenden Themenkreisen:

Struktur und Dynamik des Gemeinsamen Marktes (Referat Ernest Mandel)
Gemeinsamer Markt und Planung (Referat André Gorz)
Die europäische Integration und der Sozialismus (Pierre Naville, Lelio Basso)
Die Situation des Syndikalismus in Europa (J. M. Vincent)
Europa und seine Agrarprobleme (Gruppenbericht).

Hier soll nicht über die Referate im einzelnen berichtet werden, sondern es wird versucht, die Probleme des Kongresses im Zusammenhang darzustellen.

Der Gemeinsame Markt

Die Entwicklung der europäischen Länder in den letzten 15 Jahren ist gekennzeichnet durch ökonomische Prosperität in einem Ausmaß wie sie bislang unbekannt war. Diese Prosperität hat das Entstehen eines gemeinsamen Marktes begünstigt, nicht hat umgekehrt der Gemeinsame Markt zum ökonomischen Wachstum geführt. Der Gemeinsame Markt ist wesentlich eine übernationale Kartellierung nationaler Industrien. In den vier ersten Jahren des Gemeinsamen

Marktes formierten sich im Jahr durchschnittlich 1000 übernationale Neugruppierungen. Absprachen und Fusionen nationaler Kapitalien gingen parallel. Auch im europäischen Rahmen haben die Kapitalien nach Mandel ihren nationalen Charakter beibehalten. Was die Beziehungen des Gemeinsamen Marktes zu den übrigen Ländern der Welt anbetrifft, so sind drei Probleme zu unterscheiden:

1. Die Beziehungen zu den sogenannten Entwicklungsländern, die einerseits durch die allmähliche Auflösung der kolonialen Bindungen und zum anderen durch das Paradox gekennzeichnet sind, daß gerade mit dem ökonomischen Wachstum der europäischen Länder die Handelsbeziehungen zu den Entwicklungsländern sich ständig verringert haben. Die Prosperität ist fast ausschließlich auf den Handel mit bereits kapitalisierten Ländern gegründet, da nur diese Handelsbeziehungen rentabel sind. Daraus resultiert eine notorische Krise der Zahlungsbilanz mit den Entwicklungsländern, woran auch die so laut propagierte Entwicklungshilfe nichts ändert.

2. In den Beziehungen Europas zu den Vereinigten Staaten unterscheidet Mandel zwei Phasen: die erste ist gekennzeichnet durch die Anstrengung der amerikanischen Bourgeoisie, um jeden Preis den europäischen Kapitalismus wieder in Schwung zu bringen, wobei die Konkurrenzrücksichten zunächst in den Hintergrund treten. In der zweiten Phase gewinnen die Konkurrenzinteressen wieder die Oberhand. Amerika versucht mit verschiedenen Mitteln die negative Handelsbilanz wieder auszugleichen. Daß trotz des ökonomischen Wachstums der europäischen Länder Amerikas Vormachtstellung noch außer Frage steht, beweist die Tatsache, daß die USA eine atlantische Zone des unbegrenzten Freihandels propagieren, während die europäischen Länder im Interesse ihrer Konkurrenzfähigkeit sich dagegen wenden. (Die amerikanische Konkurrenz, die amerikanischen Investitionen in Europa haben sich in den letzten fünf Jahren verdoppelt, ist eines der Hauptprobleme der Mitgliedstaaten des Gemeinsamen Marktes.)

3. Der Austausch mit den sozialistischen Ländern schließlich ist vor allem aus Gründen der ökonomischen Integration der Ostblockländer unter der Vorherrschaft der Sowjetunion gering. (Ausnahme: Petroleum)

Das Agrarproblem

Ein besonderes Problem des Gemeinsamen Marktes stellen die in den meisten europäischen unterentwickelten Regionen, die landwirtschaftlichen Gebiete. Während man in Deutschland aus politischen Gründen die unrentablen Familienbetriebe unterstützt, wird in Frankreich und Italien die Landwirtschaft immer mehr durch das Kapital eliminiert. Im Zeitraum von acht Jahren hat Frankreich 1/4 seiner Landbevölkerung verloren, Italien 1/3 innerhalb von zehn Jahren. de Gaulles Politik fördert die Kapitalisierung der Landwirtschaft, um auch auf diesem Gebiet von Amerika unabhängig zu werden. Über das Agrarproblem entspann sich eine lebhafte Diskussion, bei der sich unter den französischen Linken zwei Fronten abzeichneten:

Auf der einen Seite war man der Auffassung, daß man die Agrarpolitik de Gaulles unterstützen müsse, da eine Kapitalisierung der Landwirtschaft sozial und ökonomisch am rentabelsten sei; zugleich sei dies die Vorstufe einer sozialistischen Lösung (so Mallet). Die Gegenseite (vor allem A. Gorz) lehnte es ab, die Landwirtschaft dem Spiel der kapitalistischen und kommerziellen Spekulationen preiszugeben; dies geschähe nur nach dem Prinzip der unmittelbaren finanziellen Rentabilität und führe (wie es sich heute schon abzeichne) dazu, daß dem Kapital uninteressante Regionen lahm liegen, daß Bauern, die in der Landwirtschaft viel effektiver arbeiten könnten, in den Städten zu unqualifizierter Arbeit eingesetzt werden. Ebenso sei natürlich die westdeutsche Lösung abzulehnen; eine staatliche Unterstützung der Bauern, nur zu dem Zweck, eine seit eh und je konservative Wählerschicht zu erhalten. Gorz möchte die Landwirtschaft mit Forschung und Unterricht gleichstellen, bei denen es nicht so sehr auf finanzielle Rentabilität, als vielmehr auf Qualität, auf den Gesamtnutzen ankommt. Die de Gaullesche und vom Mallet-Martinet-Flügel der PSU unterstützte Lösung sei eine politische Wahl zugunsten des Profitprinzips und damit gegen das Kriterium des ökonomischen und menschlichen Optimums. Der Gemeinsame Markt hat auf Grund seiner immanenten Prinzipien das europäische Agrarproblem verschärft.

Europäische Planung

Dieser Widerspruch sowie die Voraussicht eines baldigen Niedergangs der Konjunktur (darin stimmen bürgerliche und sozialistische Ökonomen überein, man erwartet enorme Überkapazitäten, bis zu 50 % in der Automobil- und der Eisen- und Stahlindustrie) haben bei den Mitgliedern des Gemeinsamen Marktes die Idee einer europäischen Planung oder vielmehr einer Programmation entstehen lassen. Man sieht eine Planung vor, die auch bei Absatzschwierigkeiten die Rentabilität der Investitionen sichert und eine Massenarbeitslosigkeit verhindert. Diese Planung hat ebenso wie der französische Wirtschaftsplan mit einer sozialistischen Planung nur den Namen gemein. Sie wird vom Profitprinzip diktiert, und die Entscheidungsfreiheit der Kapitalbesitzer bleibt in jedem Fall unangetastet. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß eine Intervention der staatlichen bzw. überstaatlichen Behörden nur vorgesehen ist für den Fall der Überbeschäftigung, also gerade für die Phase des Konjunkturzyklus, in der die Bedingungen einer Lohnerhöhung günstig sind. Bei der vorgesehenen europäischen Planung handelt es sich also um nichts anderes als um „die einfache Ausweitung des nationalen Kapitalismus zu einem internationalen Kapitalismus" (Gorz).

Welches sind nun die strategischen Möglichkeiten der Arbeiterbewegung in den europäischen Ländern? Der Vorschlag, daß die Arbeiter in der Planungskommission des Gemeinsamen Marktes durch gleichsam übernationale Gewerkschaftskartelle vertreten werden sollten, ist nach Gorz eine Mystifikation. In dieser Konzeption wird vergessen, daß zwar die Konzernherren uneingeschränkte Entscheidungsbefugnis über Kapitalien und Menschen besitzen, nicht aber die Arbeitnehmervertreter. Die Arbeitnehmer müssen von Fall zu Fall über ihre jeweiligen und regionalen Probleme entscheiden können. Der Gewerkschaftsfunktionär ist kein Oberbefehlshaber von willigen Arbeitertruppen.

Gewerkschaftliche Zusammenarbeit

Auf einer anderen Ebene allerdings ist die gewerkschaftliche Zusammenarbeit im europäischen Rahmen durchaus notwendig. Je mehr die Kartellierung Europas voranschreitet, desto wichtiger wird eine gemeinsame Orientierung. Mandel gab dafür folgendes Beispiel: Wenn Krupp, wie kürzlich verlautete, Cockeril-Ougrée, den größten Eisen- und Stahltrust Belgiens, kauft, können die Lütticher Arbeiter zwar in den Streik treten, nur: sie werden von vornherein geschlagen sein. Für Krupp wird eine einfache Rechnung genügen. Was kommt ihn teurer? Den Lütticher Arbeitern nachzugeben mit dem Risiko, dann auch gegenüber den deutschen Arbeitern nachgeben zu müssen? Oder aber drei Wochen oder drei Monate lang ein belgisches Unternehmen zu schließen, das doch nur 10% des Kruppschen Potentials ausmacht? Die Antwort ist einfach und der Schluß auch: beschränkt auf die nationale Ebene werden solche Arbeitskämpfe ihre Wirksamkeit einbüßen. Schon heute macht sich diese Ohnmacht der national orientierten Arbeiter gegenüber der europäisch verbündeten Bourgeoisie bemerkbar. Der Effekt des belgischen Bergarbeiterstreiks wurde abgeschwächt durch die Lieferung von französischer Elektrizität, der des französischen Bergarbeiterstreiks durch Lieferungen von deutscher, niederländischer und britischer Kohle. Auf diesen europäisch verflochtenen Gebieten kann nur eine europäische Gegenstrategie der Gewerkschaften noch erfolgreich sein. Bis heute ist eine solche gemeinsame Strategie der Gewerkschaften an einem festverwurzelten Nationalismus gescheitert. Noch gibt es nicht einmal einen Austausch von Informationen zwischen den Gewerkschaften der einzelnen europäischen Länder. Solche Informationen könnten helfen, daß die einzelnen Branchen eines bestimmten europäischen Landes sich in ihren Forderungen an der jeweils fortgeschrittensten entsprechenden Branche in Europa orientieren (so der Vorschlag Mascarellos von der CGT).

Kampf um eine demokratische Planung

Welche Kampfmöglichkeiten gibt es über die gewerkschaftliche Aktivität hinaus für die Arbeiter im kapitalistischen Europa? Es ist nach Gorz illusorisch, auf eine Krise vom Ausmaß der Weltwirtschaftskrise zu warten oder auch nur darauf, daß der Gemeinsame Markt sich unter dem Druck ökonomischer Schwierigkeiten wieder auflöst. Ebenso trügerisch ist die Hoffnung der deutschen Sozialdemokratie, daß durch Antitrustgesetze etc. jemals das Spiel einer freien Konkurrenz in Europa etabliert werden könnte. Der Prozeß der Monopolisierung und Kartellierung einerseits und die europäische ökonomische Wechselwirkung andererseits müssen zunächst als Fakten hingenommen werden. Das bedeutet keineswegs Passivität. Wenn man von diesen Tatsachen und der Notwendigkeit einer Wirtschaftsplanung ausgeht, so müßte es die Strategie der europäischen Sozialisten sein, antimonopolistische Alternativlösungen vorzuschlagen und zu fordern. Konkret hieße das (um nur einige Beispiele zu nennen):

1. der diktatorischen Tendenz der Trusts entgegenzuwirken, die, wenn sie einen vorher unabhängigen Betrieb kaufen, ihn automatisch „gleichschalten", d. h. Forschungsbüros, Produktion etc. nach dem Muster des Mutterbetriebes standardisieren und damit jede auch nur relative Autonomie der Arbeiter, Techniker, Wissenschaftler etc. aufheben.

2. In gewissen Branchen (Landwirtschaft, Kohlenbergbau, Schiffbau) ist die Arbeiterklasse verloren, wenn sie sich auf rein defensive Kämpfe beschränkt. Sie muß zur Offensive übergehen, das heißt den Plänen der Technokraten ihre eigenen Pläne zur Neuordnung entgegensetzen, mit der Forderung, daß niedergehende Industrien durch Industrien der Zukunft ersetzt werden sollen.

3. In den unterentwickelten Regionen (die es in allen europäischen Ländern gibt) müssen die Rechte der Bewohner geltend gemacht werden, das Recht auf eigene Schulen, auf Schutz vor der Ausbeutung durch die Trusts etc.

Das Wichtigste aber bei diesem Kampf der Arbeitnehmer, der sich auf den verschiedensten Ebenen abspielt, ist eine gemeinsame politisch-ökonomische Perspektive, ohne die man in reinen Reformismus verfallen würde. „Der kapitalistischen, wesentlich quantitativen Planung, die die Produktion als Selbstzweck und die Gesellschaft als bloßes Mittel begreift, (muß) eine qualitative Planung entgegengesetzt (werden), die die Produktion als Mittel im Hinblick auf die Befriedung von realen und autonomen Bedürfnissen ansieht" (Gorz). Im entfalteten Kapitalismus ist die Skala der Prioritäten, nach der produziert wird, der Hierarchie der wirklichen Bedürfnisse gerade entgegengesetzt. Aus Gründen der größeren finanziellen Rentabilität ist die Industrie von Luxusgütern überentwickelt, während die Produktion von physisch und gesellschaftlich notwendigen Gütern (Landwirtschaft, Unterricht, Wissenschaft) außerordentlich zurückgeblieben ist. Das Interesse einer demokratischen Planung für die Arbeitnehmer kann nur darin bestehen, daß sie eine öffentliche Debatte über die Ziele der

Ökonomie und die Priorität der Bedürfnisse erlaubt, das heißt im Endeffekt: eine Mitbestimmung der Arbeitnehmer darüber, was und wie produziert werden soll.

Unter dieser Perspektive einer antimonopolistischen Planung schlug Lelio Basso die Gründung einer europäischen linken Koordinationspartei vor, die alle existierenden Arbeiterorganisationen in sich begreifen und aus der falschen Alternative: — entweder Negation der europäischen Integration oder Unterwerfung unter ihre kapitalistischen Prinzipien — herausführen soll. Das Programm einer solchen Partei müßte nach Basso zwei Etappen vorsehen:

1. Koordination der notwendigerweise konkreten Arbeiterpolitik in den einzelnen europäischen Ländern und zugleich ständige politische Arbeit in den existierenden europäischen Organisationen mit dem Ziel, antimonopolistische Lösungen durchzusetzen.

2. Anvisieren eines sozialistischen Europas.

Für das Ziel einer antimonopolistischen Planung können und müssen die Arbeiterorganisationen der europäischen Länder auf den verschiedensten regionalen, betrieblichen und nationalen Ebenen arbeiten. Es gilt nur, dieser Arbeit eine europäische Orientierung zu geben. Wenn die Arbeiter und ihre Sprecher bei der bloßen Verneinung der europäischen Integration verharren, sind sie zur Ohnmacht verdammt.

Elisabeth Lenk

Angola, eine portugiesische Kolonie

Schriftenreihe des WUS (World University Service), Bonn 1963. Herausgegeben vom Deutschen Komitee des WUS.

„Ich glaube, heute kann man feststellen, daß die Portugiesen die ersten gewesen sind, die die einzig mögliche Lösung im Verhältnis der Rassen gefunden haben ... Ich habe den Eindruck, daß Portugal es jedem Schwarzen ermöglicht hat, an jeder Form der Bildung teilzunehmen, daß es aber keinen Zwang ausgeübt hat ... Daß Aufständische ausgebildet werden, sowohl auf dem Gebiet der Kongorepublik wie auf dem Gebiet Algeriens, beweist im übrigen, daß nicht Portugal den Weltfrieden bedroht, sondern seine Gegner."

Bundestagsvizepräsident Richard Jaeger

Portugal rühmt sich, in seinen Kolonien das Ideal der Rassengleichheit verwirklicht zu haben. Schon die Bevölkerungsstatistik läßt da Zweifel entstehen. Von den 4,8 Millionen Menschen, die in Angola lebten, waren 308 000 Weiße und nur 150 000 Mischlinge, in denen sich die Gleichberechtigung der Hautfarben verkörpern soll. Die große Mehrheit der Bevölkerung sind Afrikaner: ihnen stehen selbst die wenigen politischen Rechte, die das Salazar-Regime gewährt, nur dann zu, wenn sie lesen und schreiben können. 98 bis 99,4% der afrikanischen Bevölkerung sind Analphabeten, 93,4% der schulpflichtigen Kinder besuchen keine Schule. Das Erstaunen über diese Zahl wird etwas gemildert, wenn man weiß, daß Portugal selbst ungefähr 40% Analphabeten aufweist.

Die wirtschaftlichen Hintergründe der sozialen Zustände werden in der Broschüre wenigstens angedeutet. Grundlage ist die Landwirtschaft. Auf großen Pflanzungen, die Europäer (auch Deutsche) besitzen und von Afrikanern bearbeiten lassen, werden Kaffee, Baumwolle, Sisal und Mais für den Export angebaut. Die ungezügelte Ausbeutung der afrikanischen Arbeitskräfte wird auch dann bestehen bleiben, wenn sich die bisher beliebte Zwangsarbeit formell abschaffen läßt. Die Industrie ist kaum entwickelt, für das internationale Kapital ist Angola vor allem als Lieferant von Rohstoffen interessant. Die Broschüre nennt die ausländischen Gesellschaften, die heute die Wirtschaft Angolas bestimmen: Diamanten, Petroleum, Transport, Palmöl, Aluminium, Bauxit, Fischerei, Kaffee, Zucker, Baumwolle, Bewässerung, Bergwerke, Eisenbahnlinien liegen größtenteils in den Händen von Unternehmen und Kapitalgesellschaften aus England, Holland, Belgien, den USA, Südafrika, Westdeutschland und Portugal. Aufschlußreich ist die Äußerung eines portugiesischen Diplomaten, der auf seine Art dem eigentlichen Angola-Problem durchaus gerecht wird: „Wenn Angola seine volle Autonomie erhält, wird es in den Händen ausländischer Kapitalgesellschaften liegen, die nicht mehr Berechtigung als wir haben, in Angola zu bleiben."

Zu diesen ausländischen Kapitalgruppen zählt auch Krupp, der unter zwei Eisenbahnlinien (Manganförderung, Transport von Katanga-Kupfer, Ausbau von Häfen) aufgeführt ist. Man würde gern etwas mehr über den Umfang der westdeutschen Kapitalinteressen in Angola erfahren. Die Vorliebe gewisser Politiker der CDU/CSU für das Salazar-Regime scheint nicht nur mit allgemeinen Sympathien für autoritärklerikale Regimes zusammenhängen, sondern auch solide wirtschaftliche Grundlagen zu haben.

Ein besonders beschämendes Kapitel sind die Lieferungen westdeutscher Waffen an Portugal. Die Tatsache, daß Waffen westdeutschen Ursprungs bei den Kampfhandlungen eingesetzt werden, ist von zahlreichen Angolesen und ausländischen Beobachtern bezeugt. In der Broschüre wird aber auch eine Erklärung eines Sprechers der Bundesrepublik wiedergegeben, der am 14. Dezember 1960 im Bundestag sagte, die Bundesregierung sei bemüht, die Lieferung von Waffen deutschen Ursprungs nach Angola zu verhindern. Bei Behauptungen, die Bundesregierung habe Portugal Kriegsgerät für den Einsatz in Angola geliefert, handele es sich um eine von Moskau gesteuerte Kampagne. Es ist schade, daß in der Broschüre der Wahrheitsgehalt dieser Aussage nicht geprüft wird. Nach Ansicht des Verfassers dieser Rezension kann nicht der geringste Zweifel daran bestehen, daß Waffen westdeutschen Ursprungs in den

portugiesischen Kolonien eingesetzt werden. Bei Gesprächen mit Vertretern der Unabhängigkeitsbewegung von Portugiesisch-Guinea, die direkt aus der Kampfzone kamen, wurde ihm im September dieses Jahres glaubhaft versichert, daß ein großer Teil des von den Portugiesen verwandten Kriegsmaterials aus Westdeutschland stammt. Westdeutsche Waffen dienen dazu, den Kampf um die Befreiung der portugiesischen Kolonien zu verlängern und blutiger werden zu lassen.

Die Geschichte der portugiesischen Afrikapolitik findet in der Broschüre ebenso Berücksichtigung wie das heutige Flüchtlingsproblem, von einer Schilderung des Gesundheitswesens in Angola bis zu einer Analyse der Unabhängigkeitsbewegungen, von den ausländischen Kapitalinvestitionen bis zum Zustand des Bildungswesens reicht der Bericht, der auch eine Reihe von Statistiken enthält. Bei dieser Vielfalt ist es entschuldbar, daß manche Seiten des Angola-Problems nicht gründlich bearbeitet werden konnten, daß zuweilen Zeugenaussagen ohne eine kritische Würdigung ihres Wahrheitsgehalts kommentarlos wiedergegeben werden, daß sich bei der Charakterisierung der zahlreichen politischen Gruppierungen in der Befreiungsbewegung Ungenauigkeiten einstellen. Eine Reihe durchaus vermeidbarer Druckfehler mindern etwas den dokumentarischen Wert. Im ganzen bietet aber diese erste Darstellung in deutscher Sprache einen guten Überblick, zumal auch die jüngste Entwicklung bis zum Sommer 1963 Aufnahme gefunden hat.

Sicher ist es weniger politische Rücksichtnahme als der wirkliche Mangel an einwandfreiem Material, der die Behandlung der wirtschaftlichen und militärischen Unterstützung des portugiesischen Kolonialismus durch die Bundesrepublik in der Broschüre erschwert hat. Wenn westdeutsche Waffen zur Stützung eines morschen Kolonialregimes dienen, dann ist es nicht nur die Schuld der Bundesregierung, sondern auch die Verantwortung der bestehenden Organisationen der Arbeiterbewegung, die sich in diesen Fragen passiv verhalten. Klaus Meschkat

Und was geschieht mit Bertolt Brecht?

Thomas Leithäuser

In den politischen Existenzkämpfen erprobte Männer und eine ansehnliche Zahl von Journalisten, „immer auf dem Sprung", greifen periodisch zum „Ärgernis Brecht", um zu versuchen, jenem einen Platz in unserem Kulturhimmel anzuweisen. Daran müssen sie scheitern, denn Brecht gehört zu jenen Dichtern, die sich Denkverboten, durch die Situation des Kalten Krieges verordnet, nicht fügen. Der Antikommunismus, den Friedrich Sieburg in der FAZ einmal fast „philosophisch" begründete, nämlich man brauche über Freiheit nicht lange nachzudenken, das sei einfach, was wir haben und die drüben nicht, erlegt dem Forschen und Rezensieren solche Tabus auf, daß es wohl kaum in nächster Zeit zu einer unbefangenen Darstellung von Leben und Werk Brechts kommen wird. Statt eine solche Darstellung zu unternehmen, weist man auf die Gefahr hin, die Brecht im „freien Westen" bedeutet, oder fordert gar, für Erhaltung und Sicherung der Freiheit „Brecht abzuschaffen". „Es ist aufgefallen, daß so ein Satz ‚bei uns herrscht Freiheit' immer kommt, wenn jemand sich über Unfreiheit beschwert", meint Brecht dazu[1]).

Neueste Ansätze, den Fall Brecht in der Bundesrepublik unterzubringen, finden sich in neuen Vorstellungen zu einer Kulturpolitik von J. H. Dufhues, die sich vorgenommen hat, mehr Intellektuelle in die Partei zu integrieren. Es ist daher nicht mehr opportun, Brecht ganz zu verdammen, wie es noch von Brentano, Prestige und Macht des prominenten Politikers einsetzend, vehement versuchte, sondern Brecht soll heute gelesen werden, vor allem kritisch gelesen, als ob nicht gerade Brecht eine kritische Einstellung in seinem Publikum hätte provozieren wollen. Dies wirft ein kleines Licht darauf, was jene Politiker unter Kritik verstehen, nämlich meist eine bloße Ablehnung und Verfolgung dessen, was ihnen derzeit nicht in den Kram paßt. Die nun geänderten Maximen im Falle Brecht auf ein Flugblatt der Augsburger Jungen Union gebracht, heißen dann: „Wir empfehlen alles, was der Beschäftigung mit Bert Brecht und seinem Werk und der kritischen Auseinandersetzung damit dient. Wir lehnen alles ab, was einer Ehrung und einem Bekenntnis zu ihm gleichkommt." Ein Bekenntnis hätte Brecht bestimmt ausgeschlagen, eine Ehrung sicherlich nicht abgelehnt.

Beachtenswert ist die verdingliche Denkgestalt, die man dem Bereiche intellektueller Beschäftigung oktroyieren möchte. Man will ein Denken verordnen mit vorgegebenem Resultat, wie man kleinen Kindern Bauklötzer in die Hand gibt und sagt, so jetzt baut einmal eine Kirche. Meinungsfreiheit, so wie so schon ein gut eingedämmter Kanal des Geistes, wird versucht, mit solchen Unterfangen anzutasten. Hierin steckt wohl der Kern der Annäherung an die Intellektuellen: nicht eine verbindliche Diskussion ist gemeint, sondern Gleichschaltung in Gestalt einer gewalttätigen Umarmung. Wo dies nicht gelingt, wird wie gegenüber unerzogenen Kindern mit offener Gewalt vorgegangen. (Man nimmt ihnen die Bauklötzer weg.) Beispiele dafür sind die Geschehnisse um Panorama, der Fall Paczensky, die Diffamierung der Gruppe 47, die Spiegel-Affäre. Überzeugt ist

man, daß Dichtung, wissenschaftliche Arbeit und Journalismus nur Ausdruck bloßer Meinung ist, so plump und einfach wie die von Parteiideologen: „Wir glauben an eine faire Auseinandersetzung, aber wir glauben, daß zu einer Auseinandersetzung auch das Gleichgewicht gehört. Wir haben den Eindruck, das war der Eindruck von Herrn Dufhues, daß die Stimme der Intellektuellen einen Raum in der öffentlichen Auseinandersetzung einnimmt, der weitaus größer ist, als die Meinung selbst." (Civis-Gespräch mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Martin.) Wie wird hier die Sphäre, in der sich das, was früher einmal objektiver Geist hieß, reflektieren soll, vorgestellt? Meinungen (nicht etwa Argumente), die starr, sich einander ausschließend, feindlich gegenüberstehen, begründet nicht durch Vernunft, sondern durch die Macht und die Zahl ihrer Anhänger, sollen sich gegenseitig ausgleichen. In der Situation des Meinungspatts kann dann jeder sich das herausnehmen, was sein „Meinungsbedürfnis" am besten zu befriedigen vermag. Das Agens in der Meinung, das zur Tat treibt, früher nannte man es „politische Praxis", wird in diesem Meinungspluralismus sterilisiert. Darin kann nun das Werk Brechts, das zur Einsicht in die gesellschaftlichen Verhältnisse auffordert, zu einer Einsicht, die auf Veränderung dieser Verhältnisse drängt, keinen Platz finden.

Das Büchlein „Kreuzzug gegen Brecht" von André Müller versucht die letzte Kampagne gegen den Dichter, die mit dem berüchtigten 13. August begann, zusammenfassend darzustellen. Dabei verfällt Müller leider in dogmatische Polemik. Er sieht den Anlaß zu den Brecht-Kampagnen allein in den Rachegelüsten der Bundesrepublik: „Jedesmal versuchten die Brecht-Gegner sich für politische Niederlagen an Brecht zu rächen. So war es im Juni 1953 nach den enttäuschten Hoffnungen auf eine Beseitigung der sozialistischen Ordnung in der DDR; so war es im Herbst 1956 nach dem Fehlschlagen der ‚roll back'-Politik in Ungarn; und so war es nach dem 13. August 1961, als die amerikanischen Panzer nicht, wie erwartet, die Staatsgrenze der DDR in Berlin durchbrachen." Es ist nun wohl nicht Rache, die zu einer Diffamierung Brechts jeweils führte; eine politische Krise wird vielmehr eher dazu benutzt, die Positionen der Kritik zu schwächen. Der Fall Brecht ist dazu ein vorteilhafter Aufhänger, weil sich in Brecht kritischer Intellektueller und Kommunist zu einem verknüpfen und sich daher die Mechanismen des erstarrten Vorurteils, hier: Kritik = Kommunismus, so trefflich exemplifizieren lassen. Der Versuch, in der Kuba-Krise den „Spiegel" zu beseitigen, ist ein anderes Beispiel für solche Taktiken.

Es soll nun durch Interpretationsversuche einiger Stücke und Gedichte Brechts die Entwicklung seines politischen Bewußtseins versucht werden, aufzuzeigen. Der Ansatz hierzu steckt wohl in Brechts Unbehagen an einer Gesellschaft, die gewalttätig gegen die Menschen, ihre Träger, wirkt. Dieses Unbehagen reflektierte sich in Brecht zu einem auf die Ver-

KENNEN SIE DIE

DEUTSCH-POLNISCHEN HEFTE,

eine von polnischen und deutschen Autoren gemeinsam gestaltete Zeitschrift, die Sie über das kulturelle, gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Leben Polens aktuell und objektiv informiert? Sie ist das einzige Forum eines wirklich freimütigen und offenen deutsch-polnischen Gesprächs.

INTERESSIEREN SIE SICH FÜR

BÜCHER, SCHALLPLATTEN UND PLAKATE AUS POLEN?

WIR WERDEN SIE GERN BERATEN.

Über die Probleme Asiens und Afrikas unterrichtet Sie die in unserem Verlage erscheinende Zeitschrift

ASIEN-AFRIKA AUS ERSTER HAND

KATHARINA SEIBERT

INDIEN - WIE WIR ES NICHT KENNEN

91 Seiten, 16 Seiten Kunstdruck,
3 Kartenskizzen, Preis 5,80 DM.

KONTAKT-VERLAG

8114 UFFING A/STAFFELSEE/OBB.

änderung der irrationalen Gesamtgestalt dieser Gesellschaft drängenden Zorn, der ihn aber weniger zu abstrakten Pamphleten und andere derartige Kundgebungen brachte, die in hohle Agitation und Propaganda ausarteten, als seinem Publikum die Stellen anzuzeigen, wo mit fremdgesteuertem Scheinglück und Ersatzbefriedigungen der schmerzende Nerv der Gesellschaft betäubt wird. Brecht wollte Aufklärer sein, der die falschen Vorstellungen über die Welt an deren Realität maß und für die daraus notwendig resultierende Veränderung sich aussprach.

Dem die Felder der Sinnenlust abgrasenden, die gröbste Schweinerei noch auskostenden Anarchist Baal hält kein Objekt lange stand, da er nicht ruht, bis er ihm jeglichen Wert ausgezehrt hat: „Gibt ein Weib, sagt Baal, euch alles her / Laßt sie fahren, denn sie hat nicht mehr!" Diese aussaugende, Liebe konsumierende Wollust ist dem Akkumulationstrieb nicht unähnlich, der alles Verwertbare dem losgelassenen Kapital zuschlägt. Im Baal schon hat Brecht ein entscheidendes Moment dieser Gesellschaft bedeutet, das die an ökonomische Kategorien entäußerte Individuen, die zur Akkumulation des Kapitals ihre ganze Kraft beizutragen haben, Akkumulation selbst als ihre innerste Natur ansehen läßt. Das Paradox dieser Gesellschaft besteht darin, daß sie, wo sich ihr Prinzip in der innersten Natur eines Baal rein darstellt, diesen asozial nennt und als einen Gott verkennt. Brecht hat dem asozialen Baal beigestanden, weil er wohl wußte, daß dieser nicht nur die Gewalttätigkeit der Gesellschaft auf anderer Ebene reproduziert, sondern versucht, sich gegen Gesellschaft zu erhalten, sein Glück zu machen; Baal im Sterben: „Es war schön ... Alles." Letzteres Moment hat den jungen Brecht besonders eingenommen, während er zur Analyse dessen gesellschaftlicher Vermittlung erst nach und nach gelangte. Walter Benjamin bemerkt hierzu in einem Vergleich der Hauspostille mit den Svendborger Gedichten: „Die asoziale Haltung wird zu einer sozialen Haltung. Aber das ist nicht gerade eine Bekehrung. Es wird da nicht verbrannt, was zuerst angebetet wurde. — Unter ihren mannigfaltigen Haltungen wird man eine vergebens suchen, das ist die unpolitische, nicht soziale."[2])

Brechts politische Unruhe ist inkarniert in dem sein ganzes Werk durchziehenden Motiv des Vergehens. Emphatisch stellt er fest von den Städten, die für unzerstörbare galten: „Von diesen Städten wird bleiben, der durch sie hindurchging, der Wind!"[3]) Doch diese Besessenheit an bloßem Vergängnis hält Brecht nicht lange gefangen. Einmal den dauernden Wandel menschlicher Verhältnisse konstatiert, zwingt ihm dies das Problem der Verwandlung von Gesellschaft auf: die Forderung nach Veränderung der Gesellschaft in eine, in der die Menschen in Freundlichkeit leben können, wird bewußt in Gedichten und Stücken aufgenommen. In diesem Sinne charakterisiert Hans Mayer: „Alle Beziehung zu menschlicher Überlieferung hängt jeweils von dem ab, was einer über das Werden und Vergehen in der Geschichte denkt. Der Wandlungskult, damit zusammenhängend alles Postulat rein geistiger Erneuerung, ist untrennbar mit dem Platonismus verbunden, mit der Ideenlehre. Er ist die Gegenposition zu Brecht."[4]) Unordnung, Unsicherheit, Aufruhr wird von bloßem, ziellosem Wandel der Verhältnisse gezeitigt. Die Dämme der Gesellschaft drohen zu brechen. „Unter die Menschen kam ich zur Zeit des Aufruhrs / Und ich empöre mich mit ihnen."[5]) Diese Empörung war aber von längerem Atem als die der kurzsichtigen Reaktion, die Ordnung um der Ordnung willen, die alten gesellschaftlichen Verhältnisse zu „restaurieren" unternahm. Dazu wußte Brecht das Paradox: „Wo nichts am rechten Platz liegt, da ist Unordnung. Wo am rechten Platz nichts liegt, da ist Ordnung."[6])

Die ersten „Versuche", die „Dreigroschenoper" und „Aufstieg und Fall der Stadt Mahagony", nachdem Brecht durch Erarbeiten der marxistischen Gesellschaftskritik zu politischem Selbstverständnis gelangt war, begründeten den großen Erfolg des Dichters. In beiden Opern wollte Brecht der Gesellschaft einen Spiegel vorhalten, in dem sie sich erkennen sollte. In der Dreigroschenoper sind die bürgerlichen Vorstellungen die des Lumpenproletariats. Dechiffriert wird die Unsinnigkeit bürgerlichen Lebens und Genusses, und zugleich auf deren Veränderbarkeit hingedeutet, „indem sie aufnimmt und lautspricht, was unter der Oberfläche sich auflöst und bildet[7])". Marx beschreibt die Misere bürgerlichen Genusses folgend: „Die Genüsse aller bisherigen Stände und Klassen mußten überhaupt entweder kindisch, ermüdend oder brutal sein, weil sie immer von der gesamten Lebenstätigkeit, dem eigentlichen Inhalt des Lebens der Individuen getrennt waren und sich mehr oder weniger darauf reduzierten, daß einer inhaltlosen Tätigkeit ein scheinbarer Inhalt gegeben wurde[8])." Der Dreigroschenoper, die dieses Moment in Gestalt einfängt, wirft Ernst Schuhmacher „soziologischen Schematismus" vor. Die Aktualisierung sei „schematisch nicht dialektisch"; so laufe Brecht hier die Gefahr, „daß die Tendenz seiner Songs, die kleinbürgerlich resigniert und forciert zynisch war, für bare Münze des Dichters Brecht genommen, statt als Moral der Bourgeoisie aufgefaßt wurde[9])". Daß Brecht tatsächlich mißverstanden wird, zeigt gegen seine Intention: Mißdeutung durch bloßes Einfühlen auszuschalten, daß „der Nagel, den noch die politisch gezielteste Musik und Dichtung auf den Kopf treffen, der gegebenen Wirklichkeit nur sehr mittelbar einer zum Sarg ist[10])". Dagegen, daß einer sich etwas Falsches herausnimmt, läßt sich bei Kunstwerken schwerlich etwas unternehmen.

In Mahagony, der Stadt der Freuden, wo sich alle Lust erkaufen läßt, spiegelt sich die anarchisch produzierende Gesellschaft im anarchischen Konsum: „Denn es ist die Wol-

lust der Männer / Nicht zu leiden und alles zu dürfen / Das ist der Kern des Goldes[11])." Paul Ackermann, der „Held" von Mahagony, weiß, daß Naturgewalt neben gesellschaftlicher Gewalt wenig bedeutet. Sich mit letzterer identifizierend, äußert sich diese in ihm als subjektive Willkür und höhnend singt er dem Schrecken der Natur entgegen: „Was ist der Taifun an Schrecken / Gegen den Menschen, wenn er seinen Spaß will[12])", Pauls Anarchismus ist genährt durch die Erfahrung, daß der Unterliegende in der Gesellschaft schonungslos beseitigt wird, „daß der Darwinsche Kampf ums Einzeldasein herrscht, aus der Natur mit potenzierter Wut in die Gesellschaft übertragen[13])". Diese potenzierte Wut in Gestalt brutaler Ironie ist Pauls Anarchismus: „Wozu Türme bauen wie der Himalaya / wenn man sie nicht umwerfen kann / damit es ein Gelächter gibt?" Doch muß Paul, dem der Lustgewinn der Mahagony-Spießer zu wenig ist, „ich will doch gar kein Mensch sein", erfahren, daß er doch nur „Mensch" ist: „Wegen Mangel an Geld, was das schlimmste Verbrechen ist", wird er einfach gehängt. Daß etwas fehlt in Mahagony, dem vermag Paul sich in seinem alle Verbote aufhebenden Anarchismus nur scheinbar zu entziehen. Daß bezahlt werden muß, das Tauschgesetz spricht das Urteil über ihn. Doch läßt dies Urteil den Paul im „milden Licht" erscheinen. Sein gewalttätiger Durst nach Glückseligkeit erhält den Schimmer der Rechtfertigung. Die Männer zu Gott in Mahagony: „An den Haaren kannst du uns nicht in die Hölle ziehen / weil wir immer in der Hölle waren." Fressen, Lieben, Boxen und Saufen, der Genuß erscheint in der Mahagony-Oper „in seiner gegenwärtigen historischen Gestalt: als Ware[14])", aber Gegenstand der Untersuchung ist mehr die erzwungene Gier und Hast des Konsums: „Liebe, die ist doch an Zeit nicht gebunden / Jungens, macht rasch, denn hier geht's um Sekunden / ewig nicht stehet der Mond über dir, Mandelay." Der Vielfraß frißt sich nicht nur zu Tode, „weil Hunger herrscht[15])", sondern im Überfressen liegt ein blindes Aufbäumen gegen die Warenform des Genusses, gegen das Tauschgesetz als dem Grundgesetz der Gesellschaft, das rücksichtslos, abstrakt Kalb oder Weib auf einen Betrag Geld reduziert. Andererseits setzt die Darstellung des Genusses als Warenform den an ihr sich entzündeten Anarchismus zu einem Moment der Oper herab im Gegensatz zu dem alles durchherrschenden Anarchismus im „Baal".

Herbert Lüthy schreibt: „Es herrscht eine große Einsamkeit in Brechts Gedichten — wie in seinen Dramen, wie in seinem Leben, dem Leben eines großen Verschlossenen, der nicht aus sich heraus kann und gerade darum sich nach dem Kollektiv sehnt, aber diese Einsamkeit ist nicht gesellschaftlich bedingt, sondern existenziell." Einsamkeit — sich nicht konform und einverstanden fühlen mit der Welt, wie sie einem entgegentritt, selbst beladen mit einem Packen aggressiven Unverständnisses — motiviert psychologisch Brechts Dichtung. Es besteht aber noch kein Grund, Einsamkeit deshalb zu einer „Befindlichkeit der Existenz" zu erklären. Brecht erfährt sich sehr klar als „Nonkonformist" und die Gründe hierzu in seiner Kunst aussprechend, gelingt ihm die Vermittlung zur Gesellschaft: „Dabei wissen wir doch / Auch der Haß gegen die Niedrigkeit / verzerrt die Züge / Auch der Zorn über das Unrecht / macht die Stimme heiser. Ach wir / die wir den Boden bereiten wollten für Freundlichkeit / konnten selber nicht freundlich sein[16])." Das Unbehagen der Individuen wird nicht einem mit Willkür ausgestatteten „Sein", dem es womöglich ein treuer Wächter zu sein gilt, zugeschoben, sondern das Unbehagen wird zum gerechten Zorn an den falschen Verhältnissen, der sich aber zugleich als von diesen notwendig bedingtes, kompromißvolles, reaktives Verhalten weiß. Gerade gegen Suggestion, wie sie ein Sein, das sich beliebig zu geben oder zu verweigern vermag, ausübt, wendet sich Brecht indem er solche Suggestion als Entfremdung dechiffriert: „Herausstürzend aus dem Untergrundbahnhof, begierig, Wachs zu werden in den Händen der Magier, hasten erwachsene, im Daseinskampf erprobte und unerbittliche Männer an die Theaterkassen. Mit dem Hut geben sie in der Garderobe ihr gewohntes Benehmen, ihre Haltung im Leben ab; die Garderobe verlassend nehmen sie ihre Plätze mit der Haltung von Königen ein[17])." Brechts ganze Theaterpraxis war gegen das Aufgeben des Ichs, des kritischen Bewußtseins an der Garderobe und gegen das bloß kulinarische Konsumieren, das nur für einen kurzen Zeitabschnitt die Nerven beruhigt, um dann mit neuer Spannkraft im Lebenskampf zur Verfügung zu stehen. Gegen bloße Reproduktion des Gefühlshaushaltes, die nur tauglich macht, zur erneuten Produktion, hat Brecht seine Verfremdungseffekte eingesetzt. Aufklären und Lehren sollte das Theater, den Illusionsschleier zerreißen. Die Zuschauer sollten aus der Sphäre des Selbstverständlichen gebracht werden; das Selbstverständliche verfremdet sollte ihnen ihre Entfremdung sichtbar machen, ihr Zusammenwirken, das „nicht freiwillig, sondern naturwüchsig ist, ihnen nicht als ihre eigene vereinte Macht, sondern als eine fremde, außer ihnen stehende Gewalt" erscheint[18]). Ob es mit der Verfremdung gelingen kann, das Publikum zur Distanz zu bewegen, ist fragwürdig. Manche Berichte von Aufführungen berichten vom Gegenteil. Die Momente der Verfremdung aber sind den Stücken nicht äußerlich, sondern gerade deren spezifische Formgesetze und machen die Besonderheit des Brechtschen Werkes aus.

Dies läßt sich an einem spezifischen Moment der Sprache Brechts darstellen. Oft sprechen sich bei Brecht die Erfahrungen der armen Leute, der Unterdrückten aus. So hört man die Erfahrung der Mutter Courage aus dem Vers: „Und geht er über deine Kräfte / Bist du beim Sieg halt nicht dabei / Der Krieg ist nix als die Geschäfte / Und statt mit Käse ist's mit Blei[19])." Diese Erfahrung ist für sie, da sie mit ihr ihr Handeln erklärt, allgemeingültig: Anders ist es nicht; man muß sich daran halten, verändern lassen sich diese Ver-

hältnisse nicht. Doch ist dies mit eigentümlicher Wut gesagt, die der Gestus des Verses beherbergt, und sich vielleicht am besten in den Worten ausdrückt, die Mutter Courage kurz zuvor sagt: „Ich laß mir den Krieg von euch nicht madig machen." Ihre Erfahrung hat sich verhärtet. Beide Söhne waren ihr verlorengegangen. „Der Krieg soll verflucht sein." Daß solche Worte ihr wenig nützen, hat sie eingesehen. Daher die Wut im Gestus und auch das Auftrumpfen einer, die sich an die Verhältnisse angepaßt hat, weil sie meint, es ginge nicht anders. Hier erscheint das Besondere der Sprache Brechts: Allgemeine, oft platte Erfahrungen werden ausgesprochen, als seien sie unveränderbare, harte Wahrheiten, doch wird die Verhärtung in dem Gestus, in dem Wie es gesagt wird, zurückgenommen auf subjektive Gründe, die der Leser oder Zuschauer verstehen, aber nicht billigen soll. Verfremdung ist meist die Technik im Spiel, die den Gestus gegenüber dem Inhalt des Gesprochenen akzentuiert, um damit dem Inhalt einen anderen Stellenwert zu geben. In der „Heiligen Johanna der Schlachthöfe" ist diese Technik Brechts besonders deutlich. Volker Klotz schreibt dazu: „Die Äußerungen Maulers und seines Compagnons Cridle wollen die Wirklichkeit hinter dem hohen Stil (der Sprache) verbergen, doch die Diskrepanz ist so schreiend, daß die Wirklichkeit erst recht sich offenbart[20])." Genau dies wollte Brecht mit seinen Verfremdungseffekten erreichen.

Ein anderes Verhältnis hat der Gestus zum Inhalt in Theaterstücken, die von Brecht direkt zur Agitation angefertigt wurden. Hier ist dieses Verhältnis nicht dialektisch; der Gestus steht nicht in einem Spannungsverhältnis zum Inhalt, nimmt diesen nicht zurück, relativiert nicht, sondern unterstützt den Text, ist Gebärde des Lobs und der Zustimmung: „Das ist unsere Genossin Wlassowa, gute Kämpferin / Fleißig, listig und zuverlässig / Zuverlässig im Kampf, listig gegen unsern Feind und fleißig / Bei der Agitation ... Alle Wlassowas aller Länder, gute Maulwürfe / Unbekannte Soldaten der Revolution / Unentbehrlich[21])." Hier wird die Verdinglichung des Wortes nicht zurückgenommen. Die Kunst bleibt in der Verhärtung der Parole stecken, und es ist zweifelhaft, ob sie so unmittelbar und ernsthaft fordernd gezeigt dem Publikum nicht lächerlich oder peinlich erscheinen muß.

Die Frage, ob nun heute die Zuschauer geneigt seien, die Versuche auf dem Theater kritisch zu verfolgen, die trachten, entfremdete und verdinglichte Erfahrung als Unwahrheit zu entlarven, läßt sich mit Brecht gegen seine Hoffnung in dieser Hinsicht beantworten. Denn gerade er nahm die Genußsucht und Lust der Menschen sehr ernst und meinte, wenn die Menschen ihre unmittelbaren Verzichtleistungen kennten, dann würde ihr Widerstand wachsen: „Ich hab' mich oft gewundert, warum die linken Schriftsteller zum Aufhetzen nicht saftige Beschreibungen von den Genüssen anfertigen, die man hat, wenn man hat. Warum keine Handbücher übers Fressen und die andern Annehmlichkeiten, die man unten nicht kennt, als ob man unten nur den Kant nicht kennte[22])!" Heute hat fast jeder sein Huhn im Topf. Warum soll er da kritisch in die Welt dreinschauen — das schaffte doch nur Unbehagen. Wo Entfremdung nicht unmittelbar mit Unterdrückung, Zwang, Genüsse wie gutes Essen sich zu versagen, einhergeht, hat Kritik es schwer, die Menschen auf ihre Lage hinzuweisen, und mögen die Phänomene von Entfremdung noch so leicht zu entdecken sein. Daher ist es gar nicht so einsichtig, wenn die CDU-Politik an Brecht herumflickt, wenn sie damit nicht anderen, den unverbesserlichen linken Intellektuellen Maulschellen verabreichen wollte, „deren Stimme einen Raum in der öffentlichen Auseinandersetzung einnimmt, der weitaus größer ist als die Meinung selbst" (s.o.). Es könnte leicht sein, daß die da schon vom „gefügigen Menschenmaterial" reden.

Literaturnachweise

[1]) Bertolt Brecht: Flüchtlingsgespräche, Bibl. Suhrkamp, S. 88.
[2]) Walter Benjamin: Schriften Bd. 2, Verl. Suhrkamp, S. 352.
[3]) Bertolt Brecht: Hauspostille, Bibl. Suhrkamp, S. 150.
[4]) Hans Mayer: Bertolt Brecht und die Tradition, Verl. Neske, S. 11.
[5]) Bertolt Brecht: Gedichte und Lieder, Bibl. Suhrkamp, S. 159.
[6]) siehe [1]) S. 17.
[7]) Ernst Bloch: Erbschaft dieser Zeit, Verl. Suhrkamp, S. 232.
[8]) Karl Marx, Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie, Dietz Verlag, S. 441.
[9]) Ernst Schumacher: Die dramatischen Versuche Bertold Brechts, Verl. Rütten und Loening, S. 232.
[10]) siehe [7]) S. 232.
[11]) Bertolt Brecht: Stücke für das Theater am Schiffbauerdamm, Bd. 1, Suhrkamp Verl., S. 171.
[12]) siehe [11]) S. 104.
[13]) Friedrich Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, Bollwerk Verl., Offenbach 1947, S. 36.
[14]) siehe [11]) S. 265.
[15]) siehe [11]) S. 211.
[16]) siehe [5]) S. 160.
[17]) siehe [9]) S. 186.
[18]) siehe [6]) S. 131.
[19]) Bertolt Brecht: Mutter Courage und ihre Kinder, Suhrkamp Verlag, S. 81.
[20]) Volker Klotz: Bertolt Brecht Versuch über das Werk, Hermann Gentner Verl., Darmstadt 1957, S. 97.
[21]) Bertolt Brecht: Stücke für das Theater am Schiffbauerdamm, Bd. 3, Suhrkamp Verlag, S. 79.
[22]) siehe [1]) S. 19.

Programme ohne Phantasie
RCDS und SHB zur Hochschulreform

Nach dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund und dem Verband Deutscher Studentenschaften haben nun auch der Ring Christlich Demokratischer Studenten und der Sozialdemokratische Hochschulbund Arbeiten zur Hochschulreform vorgelegt.

Es sollen hier die Programme von RCDS und SHB besprochen werden. Beim Programm des SHB handelt es sich um einen Beschluß der Bundesdelegiertenversammlung, beim

RCDS um das Gutachten einer Kommission. Das SHB-Programm hat daher mehr programmatischen Charakter und konnte auf viele Einzelfragen nicht eingehen. Immerhin ist man dabei noch auf dreizehn Seiten gekommen. Wer Delegiertenkonferenzen kennt, weiß, daß über dreizehn Seiten lange Beschlußvorlagen nicht diskutiert wird und werden kann. Für Detailfragen der Hochschulreform fühlen sich die meisten Delegierten in allen Studentenverbänden nicht zuständig, und so kann man wohl mit Recht auch das Hochschulprogramm des SHB als die Kurzfassung der Gedanken einer Kommission, der die Delegiertenversammlung das Vertrauen aussprach, auffassen.

I. Hochschule und Gesellschaft

Bemerkenswert an beiden Programmen ist, wie wenig man sich mit dem Verhältnis von Hochschule und Gesellschaft beschäftigt. Der RCDS behandelt diese Frage in sieben Zeilen seiner immerhin 26 Seiten langen Schrift, die dann notgedrungen auch nur Banalitäten beinhalten. „Die Universität kann nicht ohne die Gesellschaft wahrhaft fruchtbar sein. — Der Staat unterhält die Universität, und das gesellschaftliche Leben stellt die mannigfaltigsten Anforderungen an sie. — Die Universität ihrerseits wirkt auf die Gestaltung der Gesellschaft ein: . . .“ (S. 9).

Ebenso stellt der SHB in den zwölf Zeilen, die er dem Verhältnis von Universität und Gesellschaft widmet, fest, daß Hochschule, Staat und Gesellschaft aufeinander angewiesen sind und der Staat die Unabhängigkeit der Hochschule sichern müsse Dies könne nur ein demokratischer Staat. Augenscheinlich ist dies nach der übereinstimmenden Meinung von RCDS und SHB ohne weitere Bedeutung für die Hochschule und ihre innere Gestaltung.

Gesehen wird nicht, daß auch in einem demokratischen Staat die Unabhängigkeit der Hochschule dauernd in Gefahr ist, auch wenn niemand beabsichtigt, die Hochschule organisatorisch gleichzuschalten. SHB und RCDS lassen unberücksichtigt, daß Staat und Interessenten aus der Gesellschaft versuchen, auf die Hochschule einzuwirken, sei es durch Einwirkung auf die Gestaltung der Prüfungsordnungen (im Sinne bestimmter Anforderungen aus der Praxis) oder durch die indirekte Steuerung der Forschung (über Auftragsforschung, die die Institute finanziert). Es hilft nichts, wenn man sich nur zu Prinzipien der Freiheit von Forschung und Lehre „bekennt“, wenn man die Gefahr ignoriert, die aus Zugeständnissen an Partialinteressen aus der Gesellschaft entsteht. Die Alternative für die Hochschule besteht nicht, wie RCDS und SHB annehmen, in den Positionen der völligen Abhängigkeit und der bindungslosen Freiheit von Staat und Gesellschaft. Diese Perspektive verdeckt die wirklichen Verhältnisse. Im Bewußtsein ihrer Abhängigkeit von der Gesellschaft muß die Hochschule ständig ihre Einwirkungen auf die Gesellschaft kontrollieren. Nur dann kann die Freiheit der Universität gesichert werden.

Heute halten sich viele für links

Aber ist man schon links, wenn man „dagegen“ ist? Wirkliche Linke wissen auch, was sie wollen und für was sie eintreten.
Heute müssen die Dinge genau untersucht werden — in West und Ost. Nur wer weiß, was geschieht, kann richtig handeln. Wer die Gegenwart bewußt erlebt, hat die Zukunft nicht zu fürchten.
Glauben Sie nicht, prüfen Sie.

Lesen Sie

schwarz auf weiß

Die lebendige Links-Zeitung wird in der ganzen Bundesrepublik zunehmend diskutiert. Sollte Sie bei Ihrem Zeitungshändler nicht zu haben sein, dann wenden Sie sich bitte umgehend an den

Arno Holz Verlag München
München 23, Destouchesstraße 16

Für Leser dieser Zeitschrift liegen kostenlose Probehefte bereit!

II. Aufgaben der Hochschule

Unter „Aufgaben" der Hochschule finden wir beim RCDS und SHB mehr oder weniger übereinstimmend:

Ausbildung für einen Beruf, mehr in der Form der Berufsvorbildung.

Bildung: „Die Heranbildung der Studenten zu geistig selbständigen Persönlichkeiten und zu verantwortungsbewußten Staatsbürgern" (SHB, S. 2). „Die wissenschaftliche Ausbildung ist ... so gestaltet, daß sie zugleich einen Bildungswert darstellt. Eine weltanschaulich ausgerichtete Erziehungsarbeit ist nicht Sache der Hochschule" (SHB S. 3). „(Die Universität kann Erziehung nur als wissenschaftliche Erziehung geben. Ein außerwissenschaftlicher Erziehungsauftrag kann vor ihr nicht verwirklicht werden und steht ihr auch nicht zu" (RCDS S. 10).

Um die in erster Linie im Fachstudium erworbene Bildung zu ergänzen, hält der RCDS es „für notwendig, einführende Vorlesungskurse über Grundprobleme der Gesellschaftsordnung für Hörer aller Fakultäten in verstärktem Maße durchzuführen" (S. 10). Ob diese Art einer beziehungslos neben dem Studium stehenden Bildung viel Erfolg haben wird, ist recht zweifelhaft. Der SHB deutet eine andere Möglichkeit an. „Im Grundstudium wird der Student ... in die Lage versetzt, den Bezug seiner Disziplin zur Gesellschaft zu finden. Dazu gehört auch die Beschäftigung mit den Sozialwissenschaften" (S. 10). Diese der Interpretation bedürftigen Sätze sollen darauf hinweisen, daß es ein notwendiger Bestandteil der Forschung und Lehre in dem jeweiligen Fach ist, dessen Beziehung zur Gesellschaft aufzudecken. Der Ausdruck „Grundstudium" läßt darauf schließen, daß man sich auch beim SHB an den gescheiterten Vorstellungen eines „Studium generale" orientiert. Es kommt heute nicht mehr auf ein „Grundstudium" in dieser Form oder auf besonderes sozialwissenschaftliches Propedenticum an (obwohl dies nichts schaden kann), sondern auf ein Studium der „Grundlagen", d. h. der allgemeinen Abhängigkeit von politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen.

III. Organisation von Forschung und Lehre

Beide Verbände befürworten eine Aufteilung des Studiums in Grundstudium und Hauptstudium. Das Grundstudium soll die notwendige Wissensvermittlung und einen Grundstock methodischen Könnens übernehmen. Für Studenten, die erkennen, daß es ihnen an Eignung für das Studium überhaupt oder für das spezielle Fach fehlt, sollen Übergangsmöglichkeiten zu anderen Studiengängen oder anderen Bildungswegen möglich sein. Der RCDS schlägt deshalb eine bessere Koordinierung und Abstimmung der höheren Fachschulen, Ingenieurschulen, Technischen Hochschulen, Pädagogischen Hochschulen und Universitäten vor.

Der Unterricht im Grundstudium soll vor allem von Angehörigen des „Mittelbaus" (wissenschaftliche Räte, Studienräte im Hochschuldienst, Privatdozenten, Lehrbeauftragte) betrieben werden, die Grundvorlesungen von qualifizierten Hochschullehrern.

Nach ca. drei bis fünf Semestern soll das Grundstudium durch eine Zwischenprüfung abgeschlossen werden. Jetzt soll das eigentliche „freie" Studium beginnen, d. h.Vorlesungen, Seminare, Colloquium und schließlich die selbständige oder im Team durchgeführte wissenschaftliche Arbeit, soweit möglich mit direkter Teilnahme an der Forschung.

Der SHB schlägt mehrere Möglichkeiten eines Nachdiplomstudiums vor. „Das Nachdiplomstudium dient der Vorbereitung auf die Promotion und der Vertiefung wissenschaftlicher Kenntnisse oder der Durchführung eines Zweitstudiums" (SHB S. 11). Diese „Nachdiplomstudien" sollen großzügig gefördert werden, um dadurch „der Hochschule die erforderliche Zahl qualifizierter wissenschaftlicher Mitarbeiter für ihre Forschungsaufgaben und ein genügend großes Reservoir zur Auslese ihres Nachwuchses bereitzustellen" (SHB S. 12).

Der RCDS hält es für unbedingt notwendig, den Habilitierten so zu stellen, daß seine wirtschaftliche Existenz nicht von der Berufung auf einen Lehrstuhl abhängt. Jeder Habilitierte an der Hochschule soll ins Beamtenverhältnis übernommen werden. „Nach einer in gewissen Grenzen und nach der Leistung zu bestimmenden Zeit avanciert er zum wissenschaftlichen Rat und schließlich zum planmäßigen Professor ohne Lehrstuhl" (RCDS S. 21). Das Berufungsverfahren und seine Abhängigkeit von der Habilitierung soll also erhalten bleiben.

IV. Die Organisation der Hochschule

Diese Frage, die der SHB recht ausführlich behandelt, will der RCDS in einer zweiten, bisher noch nicht vorliegenden Broschüre behandeln.

Die Hochschule als Körperschaft öffentlichen Rechts soll nach der Auffassung des SHB aus drei Gruppen bestehen: dem Kollegium, dem „Mittelbau" und der Studentenschaft. „Bei der Selbstverwaltung der Hochschule wirken diese drei Gruppen als Gliedkörperschaften zusammen und übernehmen selbständig Aufgaben nach Maßgabe der Satzung. Sie haben als Gliedkörperschaft Satzungsautonomie und das Recht zur Selbstverwaltung ihrer eigenen Angelegenheiten" (S. 4). Alle drei Gruppen sollen in Instituts- und Abteilungsvertretungen gegliedert werden. Die zentrale Selbstverwaltung der Hochschule besteht dabei im wesentlichen aus: dem Senat (ihm gehören Rektor und Dekane und je zwei Vertreter des Mittelbaus und der Studentenschaft an) und dem Kuratorium (als dem obersten Organ der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialverwaltung). Das Kuratorium soll aus Rektor, Prorektor, je zwei Vertretern des Mittelbaus und der Studentenschaft und ca. neun Vertretern

außeruniversitärer Stellen bestehen. Es ernennt den Kurator (oberster Beamter der Wirtschafts- und Finanzverwaltung) und den Sozialkurator (oberster Beamter der Sozialverwaltung).

Interessant ist die Konstruktion der Sozialverwaltung über Kuratorium und Sozialkuratorium mit Beratung durch einen Sozialbeirat. Die Entscheidungsbefugnis hat jedoch nach dem Vorschlag des SHB das Kuratorium, in dem die Studentenschaft nur mit zwei unter elf Mitgliedern vertreten ist. Da die Sozialverwaltung hauptsächlich mit Dingen beschäftigt ist, die zunächst die Studenten angehen, verträgt sich diese Konstruktion wenig mit dem Grundsatz der Selbstverwaltung der eigenen Angelegenheiten. Die Abteilung, die an die Stelle der Fakultät treten soll, ist die Organisationsform der Lehre und Koordinierungsstelle für Forschung und Lehre.

Man vermißt bei dem Programm des SHB eine Diskussion der Frage der Abteilungsgliederung. Ihre Zweckmäßigkeit ist nicht schon dadurch bewiesen, daß sie heute in aller Munde ist.

V. Ausbildungsförderung

Im Gegensatz zum RCDS nimmt der SHB in seinem „Hochschulprogramm" nicht zur Frage der Ausbildungsförderung Stellung. Von einem sozialdemokratischen Studentenverband hätte man das an sich im Rahmen eines Hochschulprogramms erwarten müssen. Indem der SHB nichts über die Ausbildungsförderung schreibt, handelt er jedoch insofern konsequent, als er ja von vornherein „Hochschule und Gesellschaft" ausklammert

Der RCDS geht von der Forderung nach „Chancengleichheit" aller Staatsbürger und dem Recht auf freie Berufswahl aus, das heute „materiell noch nicht zur Genüge gesichert" sei. „Gerade die geringe Zahl der Oberschüler und Studierenden aus einkommensschwachen Bevölkerungsschichten ist eine dringende Mahnung" (S. 30). Die Ausschöpfung aller Begabungsreserven ist eine volkswirtschaftliche und politische Notwendigkeit. Es soll auch ein Rechtsanspruch auf Förderung bestehen.

Die für die Förderung maßgebenden Prüfungen sollen die normalen Prüfungen des jeweiligen Studienganges sein. Das sind wirklich erfreuliche Gedanken. Doch kann auch der RCDS nicht über seinen Schatten springen.

Die Ausbildungsförderung soll eingebettet sein in das „Gesamtgebäude der Sozial- und Familienpolitik". „Für die Ausbildungsförderung bedeutet dies, daß sie wesentlich die Familie unterstützen soll. Keinesfalls darf sie geeignet sein, die Familie auch als Wirtschaftseinheit bedeutungslos zu machen" (S. 30). Man soll daher mit der Förderung „die natürliche eigenverantwortliche Einheit der Familie soweit wie möglich ... erhalten" (S. 30).

Die Konzeption orientiert sich somit an der gegenwärtigen Honnef-Regelung und hat deren Nachteile.

Studienförderung nach den Grundsätzen der Familienpolitik zu treiben, ist ein Unding, da man es hier zumeist mit erwachsenen, häufig dem Elternhaus längst entwachsenen Menschen zu tun hat. Man schafft damit einen weder für die Familie noch den Studenten zumutbaren Zustand

VI. Studentenwohnheime

Der SHB hat an sein Hochschulprogramm eine „Grundsätzliche Stellungnahme" zur Aufgabe und Struktur der Studentenwohnheime angehängt. Sie trägt diesen Namen jedoch zu Unrecht, denn der SHB nimmt hiermit nicht Stellung, sondern stellt nur mehrere Möglichkeiten studentischen Wohnens nebeneinander: Studentenhotel, Kollegienhaus, Studentenwohnheim und Wohndorf mit Heimen verschiedener Bewohnergruppen.

Der SHB geht von der Annahme aus, der Wunsch nach einem Wohnheimplatz würde aus zwei Gründen immer stärker: wegen der Wohnungsknappheit und der Suche der Studenten nach Gemeinschaft. Hoffentlich führt dieser zweite Grund nicht dazu, daß der SHB den Kolleg-Häusern den Vorzug gibt und Studenten-Wohnhäuser, die man polemisch Studentenhotels nennt, in der heute üblichen Weise verdammt.

VII.

Gemessen an den Vorschlägen des VDS bringen die Programme des RCDS und SHB nichts Neues. Dafür lassen sie jedoch wichtige Punkte, die dort erwähnt und diskutiert werden, unberücksichtigt.

Man vermißt in beiden Programmen eine durchgearbeitete Begründung der Vorschläge (wobei der SHB seine Beschlußvorlage mit einer gesonderten, nicht von der Delegiertenversammlung zu verabschiedenden Begründung hätte versehen können) und eine Auseinandersetzung mit anderen Ansichten.

So erfüllen die Programme (berücksichtigt man die detaillierten Untersuchungen und Vorschläge, die der VDS und der SDS in ihren Gutachten veröffentlicht haben) nur den Zweck, daß man nun auch über die Positionen von RCDS und SHB in hochschulpolitischen Fragen informiert ist.

Wolf Rosenbaum

Ein gescheiterter Pluralist

Ulrich Lohmar „Innerparteiliche Demokratie. Eine Untersuchung der Verfassungswirklichkeit politischer Parteien in der Bundesrepublik Deutschland", Stuttgart. 1963, Ferdinand Enke Verlag, 17,— DM.

Ulrich Lohmar war, als der SDS noch als eine brave Parteiorganisation der SPD agierte, mehrere Jahre Bundesvorsitzender des SDS. Es gelang ihm, sich den Ruf zu verschaffen,

nicht nur ein Mann der Praxis, sondern auch der Theorie zu sein. So wurde er bei der Gründung der Zweimonatsschrift „Die neue Gesellschaft" im Jahre 1954 Chefredakteur dieser „Zeitschrift für politische Theorie und Praxis".

Lohmar hat bei Schelsky studiert. Seine politische Theorie war die des Pluralismus. Ob er es in der Praxis auch war, darüber könnte man streiten. Die einen verweisen auf sein Verhalten, das im Jahre 1956 zu einer vorübergehenden Spaltung der Frankfurter SDS-Gruppe führte; die anderen erinnern sich daran, daß Lohmar zur Zeit der Abspaltung des heutigen SHB sich gegen den Parteivorstand wandte und für einen Pluralismus verschiedener Richtungen im SDS eintrat.

Als vor einigen Monaten in der Presse die Notiz zu finden war, Lohmar habe in Münster/Westf. mit einer Dissertation über das Thema „Innerparteiliche Demokratie" den Doktor-Titel erworben, konnte man noch hoffen, der Pluralist Lohmar würde nicht nur wie beispielsweise Duverger den „demokratischen Schein und oligarchische Wirklichkeit" der Parteien bloßlegen, sondern wenigstens in Thesen Ansatzpunkte für eine Demokratisierung der Parteien aufdecken. Doch die Hoffnungen haben getrogen. Lohmar hat in seiner „Innerparteilichen Demokratie" den Boden der pluralistischen Theorie verlassen. Er hat seine Dissertation als Praktiker der Politik geschrieben, aus der Sicht des Bundestagsabgeordneten, im Blickwinkel desjenigen, der im Apparat tätig ist.

Lohmar beschränkt sich darauf, die soziologische Struktur der „großen" Parteien zu untersuchen. Er beginnt beim Wähler, beschreibt die Konsumhaltung und meint: „Viel wäre erreicht, wenn der Wähler in die Lage käme, das sachgerecht beurteilen zu können, was die Politik betreibenden Mitbürger tun oder zu tun vorschlagen" (S. 31). Im Abschnitt „Die Mitglieder" geht Lohmar (leider zu knapp) auf die Struktur der traditionellen Ortsgruppen der Parteien ein und nennt sie „Ausläufer der innerparteilichen Willensbildung von oben nach unten" (S. 40). Die Ansätze einer Willensbildung von unten nach oben, die beispielsweise in den Anträgen zum Parteitag zum Ausdruck kommen, tut er als „meistens nicht repräsentativ" ab (S. 41). „Die Versuche, von seiten der Gruppierungen der Mitgliedschaft innerparteiliche Meinungsbildung zu beeinflussen, sind also selten und bleiben oft unpräzis" (S. 41). Daß der Parteivorstand diesen Vorschlägen nur allzuoft ein autoritäres Nein entgegensetzt, bleibt unerwähnt. So kommt Lohmar zu dem die heutige Parteistruktur treffenden Ergebnis: Die Mitglieder „befinden nicht über die Programmatik, sie erfüllen nicht oder nur ungenügend eine Mittlerrolle zwischen Parteiführung und Bevölkerung, und ihr Einfluß auf die Zusammensetzung der öffentlichen und parteiinternen Führungsgruppen bleibt auf die kommunale Ebene begrenzt" (S. 45). Ansatzpunkte zu einer Veränderung dieser Struktur zeigt Lohmar nicht.

Lohmar nennt den heutigen Typus des Funktionärs den „eigentlichen Vollbürger der Parteien" und meint, der Einfluß der Funktionäre auf die Wahl der innerparteilichen Führungsgremien und auf die Nominierung von Bewerbern für die Parlamente sei ein „Beitrag zur Demokratisierung" und lockere „oligarchisch verfestigte politische Führungsgruppen auf" (S. 54).

In dem Abschnitt „Die Parteiführung" bestätigt Lohmar durch verschiedene Beispiele die Analyse von Robert Michels: „... die Parteiführungen bewahrten eine starke Stellung gegenüber den Parteibürgern und auch gegenüber den obersten Vertretungskörperschaften" (S. 85). Er spricht von der „relativen Einflußlosigkeit der Parteitage" (S. 86) und identifiziert sich mit der „eigentlichen Willensbildung", die nicht einmal im Parteivorstand, sondern in der SPD im Präsidium und dort vor allem bei Herbert Wehner und Willy Brandt stattfinde (S. 87). Von diesem Standort aus werden die Sitzungen der Führungsgremien für Lohmar folgerichtig zu einem „demokratischen Ritual": „So kommt beispielsweise der Vorsitzende der SPD nicht umhin, zu den gleichen Problemen oft nacheinander im Präsidium seiner Partei, dann im Vorstand, im Parteirat, in der Bundestagsfraktion (und vorher in deren Vorstand) zu sprechen. Die Angehörigen des engeren Führungskreises nehmen an diesen verschiedenen, zeitlich aufeinanderfolgenden Beratungen ebenfalls teil, ohne mehr als Statisten sein zu müssen. Die Führungsstruktur der Parteien ... zwingt die Angehörigen der engeren Parteiführung, an Beratungen teilzunehmen, von denen keine neuen Entscheidungen zu erwarten sind; ein vermeintlich demokratisches Ritual erfordert das" (S. 91). Lohmar hält diese Führungsstruktur für „in hohem Grade unökonomisch", aber offenbar hält ihn eine Scheu noch davor zurück, das Führerprinzip (das eine Konsequenz der auf diese Weise bürokratisierten Partei wäre) offen zu proklamieren.

Da Lohmar davon ausgeht, daß „eine starke Führung ein notwendiges Element der Demokratie und ihrer Parteien ist" (S. 123), behandelt er die Frage, was „sich gegen die oligarchische Verfestigung der Führungsgruppen innerhalb der Vorstände der Parteien ausrichten" läßt, nur thesenhaft. Er erwartet eine „auflockernde Wirkung ... von dem Versuch, innerhalb der Führungsgruppen der Parteien dafür Sorge zu tragen, daß Gremien entscheiden und nicht einzelne Führer" (S. 123). Aber nicht nur die Struktur der Parteien sei entscheidend, sondern auch die „Eigenart der Persönlichkeiten, die sie führen" (S. 124). So zitiert Lohmar Arnold Gehlen: „Persönlichkeit findet sich heute gar nicht so sehr im abgesonderten Kulturellen, im Literarischen oder Artistischen, sondern da, wo es einer unternimmt, die anspruchsvollen Tendenzen des Geistes im Apparat selbst zur Geltung zu bringen, sich also gerade nicht zu ‚distanzieren'" (S. 123).

Mir scheint, hier zeigt der „Realist" Lohmar sein heutiges Ideal. Von dem Theoretiker des Pluralismus ist nicht mehr

viel übrig geblieben. Die Frage, ob konkurrierende Gruppen innerhalb der Parteien (die sich auf einen eigenen Apparat stützen können) oder der Einfluß demokratischer Organisationen außerhalb der Parteien einen Einfluß auf eine Demokratisierung der Parteien ausüben können, wird nur am Rande gestreift. Die Funktion der Bezirke in der SPD, die beispielsweise die Sekretäre der Unterbezirke anstellen und so auf die „Willensbildung von oben nach unten" Einfluß nehmen können, wird nicht untersucht. Ohne Begründung wird eine Fraktionsbildung innerhalb der Parteien abgetan (die Diskussionen der Weimarer Zeit über diese Frage und das Problem von Repräsentationsvertretungen in den Vorständen, die es in Parteien außerhalb der Bundesrepublik

Briefwechsel mit der SPD

Fritz Lamm, nach 32 Jahren SPD-Mitgliedschaft wegen notorischer Unterstützung des SDS aus seiner Partei ausgeschlossen, veröffentlichte unlängst im Selbstverlag seinen „Briefwechsel mit der SPD".

Das Bezeichnende an dieser kurzen Dokumentation ist das in den unteren Gliederungen der SPD verbreitete Unbehagen, den Unvereinbarkeitsbeschluß des Parteivorstandes auszuführen: erst nach langem Zögern konnte sich der SPD-Bezirk Baden-Württemberg zum Ausschluß entschließen. Fritz Lamm schreibt im Vorwort seiner Veröffentlichung: „Es zeigte sich, daß vielen sozialdemokratischen Freunden die Vorgänge, die zu meinem Ausschluß führten, unbekannt waren. Der Prozentsatz politisch Informierter ist heute bei den Mitgliedern einer Partei wohl kaum größer als bei den Unorganisierten. Es scheint eher so zu sein, daß sich durch die Zugehörigkeit zur Partei viele Beitragszahler entlasten von dem Stempel der SPD, der da lautet: Selbständig Politisch Denken."

Die Broschüre ist von der Redaktion der nk zum Selbstkostenpreis von DM 1,— zu beziehen.

— siehe Nenni — gibt, werden nicht einmal erwähnt), die Bedeutung der Ausschlußordnungen für die innerparteiliche Demokratie und die übliche Vorstandsjustiz gegen innerparteiliche Opponenten wird schlicht übergangen. Vielleicht deshalb, weil in dieser Frage — wie etwa der Beschluß des Berliner Landesvorstandes der SPD vor einigen Wochen erst wieder zeigte — die SPD das Licht einer wissenschaftlichen Untersuchung scheuen muß, vielleicht auch, weil dann die oligarchische Parteienstruktur nicht mehr als unvermeidliches Gesetz erscheinen könnte.

Hier zeigt sich, daß die Entideologisierung, die Lohmar jahrelang verkündet hat, ihn in neue Ideologien verstrickte. Völlig ideologisch gebärdet sich Lohmar jedoch in dem Abschnitt „Gewaltenteilung im Parteienstaat". Hier vertritt Lohmar ohne Begründung ernsthaft die These, „daß eine Große Koalition die Gewaltentrennung im Staat wieder herzustellen in der Lage sein könnte und daß sie keineswegs als eine Vorform des Einparteiensystems anzusprechen wäre" (S. 130). „Das Parlament und seine Fraktionen würden sich wieder als Legislative und als Kontrollorgan der Regierung betrachten können, ein der Verfassung entsprechendes Selbstverständnis des Parlaments könnte möglich werden", träumt Lohmar und vergißt all das, was er über die Bedeutungslosigkeit der Parteitage gesagt hat.

Harold Laski, der als der eigentliche Begründer der pluralistischen Staats- und Gesellschaftstheorie angesehen wird, hat diese Theorie später als Durchgangsstufe in der Entwicklung seines Denkens zum Marxismus bezeichnet. Lohmar scheint sich — offenbar aus dem Affekt gegen den Marxismus — nicht an Laski zu orientieren, sondern an Robert Michels. So wie Michels den zunächst von ihm als Sozialdemokrat vertretenen, dann in der „Soziologie des Parteienwesens" 1911 dargelegten demokratischen Ansatz preisgab und den Weg zum Faschismus fand, so ist Lohmar heute dabei, die in der Pluralismustheorie noch enthaltene demokratische Konzeption aufzugeben und ins autoritäre Lager überzugehen.

Jürgen Seifert

Zeitschriftenhinweise

In der Notstandsfrage hat das von der „Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e. V." herausgegebene und von Prof. Helmut Ridder und Dr. Ekkehard Stein zusammengestellte Memorandum „Der permanente Notstand" (Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen) großes Aufsehen hervorgerufen. Die Professoren H. Heimpel, L. Raiser, L. Snell und W. Walcher schreiben in dem Vorwort über die Notstandsgesetzgebung: „Dadurch werden die Grenzen zwischen dem Friedensrecht und dem Kriegsrecht weitgehend verwischt. So kann die Freiheit bereits preisgegeben werden, bevor ein Krieg sie bedroht."

Im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (Nr. 203 vom 15. November 1963, S. 1781 ff.) hat der Oberregierungsrat im Bundesministerium des Innern, Axel Vulpius, in dem Artikel „Rechtsfragen der Notstandsgesetzgebung" geantwortet. Bezeichnend für die Form der Auseinandersetzung ist die Tatsache, daß die Ge-

werkschaften von Vulpius als „Arbeitnehmerverbände" bezeichnet werden, daß er von „politischen Vorurteilen" und „politischem Wunschdenken" spricht und meint, daß „Spannungszeiten vorverlegte Notzeiten sind . . ., sollte jedem verständigen Menschen einleuchten".

Eine ähnliche Form der Argumentation findet man auch in der Entgegnung des Bundesministers des Innern in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften" (September 1963) auf einen Artikel von Jürgen Seifert „Zur Problematik der Notstandsgesetzgebung" (2/63). J. Seifert hat auf diese Entgegnung sehr ausführlich und mit vielen Hinweisen auf andere Beiträge zum Thema Notstandsgesetzgebung geantwortet (9/63). In der Zeitschrift der Humanistischen Union „Vorgänge" (11/63) informiert J. Seifert über die wichtigsten Bestimmungen des geplanten verfassungsändernden Notstandsgesetzes. Zum selben Thema schreibt Karl Friedrich Hübsche in der Zeitschrift „pläne" (12./63).

Der „Redakteurverband Deutscher Studentenzeitschriften e. V." legt in einer Doppelnummer der Korrespondenz „studpress" (1213/63) eine Dokumentation von Christa Plath vor, die sich besonders mit der vorgesehenen Einschränkung des Grundrechtes der Presse- und Meinungsfreiheit und der Freiheit von Wissenschaft und Forschung auseinandersetzt. Mit der Sicherung des Bundesverfassungsgerichtes, auch im Hinblick auf den Notstandsfall, setzt sich ein Beitrag von Adolf Arndt im „Sozialdemokratischen Pressedienst" vom 19. August 1963 auseinander, der auch in der Zeitschrift „Vorgänge" (9/63) abgedruckt worden ist. Zum gleichen Thema trägt aus österreichischer Sicht der heutige Münchner Prof. Hans Spanner unter dem Titel „Notstandsrecht und Bundesverfassungsgericht" in der Fachzeitschrift „Die Öffentliche Verwaltung" (Heft 17/18, 1963, S. 648 ff.) bei. Einen besonders erwähnenswerten Beitrag zur Notstandsgesetzgebung findet man auch in der Zeitschrift „Das Argument" von Rudolf Kienast unter dem Titel „Notstandsgesetzgebung und Grundgesetz" (Heft 25 und 27, 1963).

Besonders hinzuweisen ist auf einen Artikel von Friedrich Karl Kübler „Der deutsche Richter und das demokratische Gesetz" im „Archiv für die Civilisierte Praxis" (Heft 1—2, 1963, S. 104—128). Kübler untersucht in seinem Artikel die Struktur der deutschen Richterschaft, ihr Verhältnis zum demokratischen Staat, und gibt damit aus der Sicht des Richterstandes einen Beitrag zum Themenkreis „Ungesühnte Nazi-Justiz".

Die „Sozialistische Politik" (Nr. 10/63) gibt einen sehr lesenswerten Überblick über die verschiedenen Gewerkschaftskongresse der letzten Monate. Zum Grundsatzprogramm des DGB sind eine Vielzahl von Beiträgen erschienen. Wir möchten an dieser Stelle besonders auf einen Beitrag von Fritz Vilmar „Für ein Wirtschaftsprogramm aus einem Guß" in „Gewerkschaftliche Monatshefte" (9/63) und auf eine Sondernummer der „Arbeitshefte" (mit Beiträgen u. a. von J. Seifert, Th. v. d. Vring, Peter v. Oertzen, Erich Gerlach und Oskar Negt) Nr. 9—10, 1963, hinweisen. Der Beitrag von O. Negt entstand in Zusammenarbeit mit dem Bundesvorstand des SDS. Die Redaktion der nk hat, nachdem das vorliegende Heft erst nach dem DGB-Kongreß erscheinen konnte, von einem nochmaligen Abdruck des Beitrages abgesehen. Wir möchten auf den Beitrag von O. Negt jedoch noch einmal gesondert aufmerksam machen.

Die „Arbeitshefte" brachten in der Doppelnummer 4/5 einen Überblick über die europäische Gewerkschaftsbewegung und ihr Verhältnis zur EWG, mit Beiträgen über die Situation der Gewerkschaften in Italien, England und Frankreich (beziehbar ist das Heft bei Ludwig Helwig, 34 Göttingen, Postfach 238). Von P. v. Oertzen erschien in den „werkheften" (11/63) ein Aufsatz „Betrieb und Gesellschaft". Wolfgang Abendroth setzt sich in der gleichen Nummer mit dem Kanzlerwechsel auseinander.

„Halt den Mund, wenn du satt bist!" hat Alfred Horné einen Artikel in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften" (10/63) überschrieben, der sich mit den Notwendigkeiten, Unerwünschtheiten und Möglichkeiten heutiger Kritik in der Bundesrepublik beschäftigt. Über das Verhältnis von Gewerkschaften und politischen Parteien ist in der „Holzarbeiterzeitung" (8/63) vom gleichen Autor ein bemerkenswerter Aufsatz erschienen, der viel Staub aufgewirbelt hat. Der durch seine Untersuchung über die Industriejugend bekannt gewordene Helmut Kentler hat in den „Frankfurter Heften" (6, 7, 8 und 11/1963) einen durch die Detailschilderung lesenswerten Bericht über ein Ferienlager in Catania vorgelegt. Aus den „Frankfurter Heften" möchten wir auch auf den Aufsatz von Ekkehard Krippendorff „China — die asiatische Schwäche der amerikanischen Außenpolitik" (9/63) hinweisen. François Fetjö berichtet im Oktoberheft über das Verhältnis Peking—Moskau. Hermann Weber, der durch seine „Kleine Geschichte der kommunistischen Partei" bekannt geworden ist, und jetzt den Band „Dokumente zur Geschichte des deutschen Kommunismus" veröffentlicht hat, setzt sich in der Dezembernummer des „Vorwärts" mit den „Geschichtsklitterungen" Ulbrichts auseinander.

In der Nummer 6—7 der „pläne" finden wir einen Beitrag zum Erinnerungstreffen der bündischen Jugend auf dem Hohen Meißner, in Nr. 10—11 einen Auszug der Rede Helmut Gollwitzers anläßlich der gleichen Gelegenheit.

Über das Rassenproblem in den USA sind in jüngster Zeit in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften" (10/63; Günter Eckstein: „Jetzt! Hier! Alles! Die Negerbewegung in den USA") und den „Frankfurter Heften" (11/63; S. W. Wahrhaftig: „Die unbewältigte Vergangenheit der Amerikaner") zwei bemerkenswerte Beiträge erschienen.

Hinweise auf ausländische Zeitschriften folgen im kommenden Heft.

Wilhelm Bauer

Paperbackband im Stimme-Verlag, Frankfurt a. M. · 160 Seiten · Preis 6,80 DM

Horst Symanowski
Fritz Vilmar
Die Welt des Arbeiters
Junge Pfarrer berichten aus der Fabrik

Spähtruppberichte aus einer anderen Welt, dringend nötig zu lesen für uns alle, weil diese andere Welt fremdkörperhafter Teil und unentbehrlicher Unterbau unserer eigenen Welt ist.

Eine Legende ist es, daß Klassengegensatz und Klassenkampf überwunden und auf dem Wege zur klassenlosen Gesellschaft die entscheidenden Schritte schon getan seien.
(Aus dem Geleitwort von Prof. Dr. Helmut Gollwitzer)

Als Verbraucher, stellten die jungen Pfarrer fest, fühlen sich die Arbeiter nicht mehr so benachteiligt wie früher. Aber in der Fabrik herrscht die alte Untertänigkeit. Von demokratischer Beteiligung ist nichts zu spüren.
(Aus der Gewerkschaftszeitung „Metall", 17. 9. 1963)

SCV

Club Voltaire

Jahrbuch für kritische Aufklärung I

Herausgegeben von Gerhard Szczesny

420 Seiten, Leinen DM 19,80

Ein Panorama zeitgenössischen Denkens mit Beiträgen von Fritz Bauer, Max Bense, H. M. Enzensberger, Werner Haftmann, Julian Huxley, Erich Kästner, Hermann Kesten, René König, Ludwig Marcuse, Alexander Mitscherlich, Ernst Topitsch, Martin Walser u. a.

THEODOR GEIGER

Demokratie ohne Dogma

Die Gesellschaft zwischen Pathos und Nüchternheit

376 Seiten, Leinen DM 19,80

„Was Geiger zu sagen hat, widerspricht in denkbar schroffer Weise gewissen Überzeugungen, die im Milieu der zweiten Nachkriegszeit als unantastbar galten."

Ernst Topitsch in der „Zeit"

GUSTAV WYNEKEN

Abschied vom Christentum

260 Seiten, Leinen DM 16,80

Der große deutsche Pädagoge Gustav Wyneken macht deutlich, daß die Schriften des Neuen Testaments weder göttliche noch historische Dokumente sind. Seit David Friedrich Strauß ist dies die erste deutschsprachige Geschichte der Entstehung des Christentums, die nicht pro domo geschrieben wurde.

SZCZESNY VERLAG · MÜNCHEN 9

Werkausgabe — für 5 Mark

Marcel Proust · Auf der Suche nach der verlorenen Zeit. Werkausgabe in 13 Bänden. Je Band 5 Mark.

Die Ausgabe wird innerhalb eines Jahres geschlossen vorliegen. Die Bände 1 und 2 (In Swanns Welt) erscheinen im Dezember 1963, die Bände 3 und 4 (Im Schatten junger Mädchenblüte) im März 1964. Die Bände 5—13 folgen in Abständen von 2 Monaten.

„Immer wenn ich meinem Gesprächspartner gewissermaßen als Proust-Leser gegenübersitze, habe ich das Gefühl einer Unlauterkeit. Ich durchschaue ihn leichter, ich weiß mehr von ihm als er von mir. Wenn Proust ein Industrieartikel wäre, würde ich zu dem Slogan raten: Proust-Leser sind im Vorteil."

Martin Walser

edition suhrkamp — für 3 Mark

Januar

49 Bertolt Brecht · Mutter Courage und ihre Kinder
50 Materialien zu „Mutter Courage"
51 Nelly Sachs · Leiden Israels: Eli / In den Wohnungen des Todes / Sternverdunkelung
52 Hermann Hesse · Geheimnisse. Letzte Erzählungen

Februar

53 Peter Weiß · Der Schatten des Körpers des Kutschers
54 Theodor W. Adorno · Moments musicaux im Dialog
55 Martin Walser · Überlebensgroß Herr Krott
56 Konrad Wünsche · Der Unbelehrbare und andere Stücke

März

57 Franz Tumler · Nachprüfung eines Abschieds
58 Ernst Bloch · Tübinger Einleitung in die Philosophie II suhrkamp texte
59 Uwe Johnson · Berliner Stadtbahn und andere Prosa
60 Günter Eich · Die Mädchen aus Viterbo

Die „edition suhrkamp" ist nur durch den Buchhandel zu beziehen. Prospekte beim Suhrkamp Verlag, 6 Frankfurt, Postfach 2446.

Sammlung „res novae"

Hellmut Kalbitzer
Entwicklungsländer und Weltmächte
144 Seiten, 6,80 DM

Hannah Arendt
Elemente totaler Herrschaft
280 Seiten, 8,80 DM

Walter Anger
Das Dritte Reich in Dokumenten
216 Seiten, 6,80 DM

Arthur Rosenberg
Entstehung der Weimarer Republik
268 Seiten, 7,80 DM

Arthur Rosenberg
Geschichte der Weimarer Republik
232 Seiten, 8,80 DM

George W. F. Hallgarten
Hitler, Reichswehr und Industrie
132 Seiten, 7,80 DM

H. P. Bahrdt, W. Dirks u. a.
Gibt es noch ein Proletariat?
104 Seiten, 6,80 DM

Arthur Rosenberg
Demokratie und Sozialismus
308 Seiten, 12,80 DM

Jürgen Seifert
Gefahr im Verzuge
120 Seiten, 7,80 DM

Rosa Luxemburg
Die russische Revolution
88 Seiten, 5,80 DM

Erich Fromm
Das Menschenbild bei Marx
228 Seiten, 9,80 DM

Eugen Kogon
Die unvollendete Erneuerung
260 Seiten, 8,80 DM

EUROPÄISCHE VERLAGSANSTALT